

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreibrundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 18. Dezember 1929

Nummer 101

Zur wirtschafts- und tarifpolitischen Lage im Buchdruckgewerbe

III.

„Das Gehilfenblatt geht bei seinem Plan an den eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe vorüber. Wir erblicken in der Arbeitslosigkeit in weitgehendem Maße ein lohnpolitisches Problem. Von der Höhe des Lohnes hängt es unter sonst gleichbleibenden Umständen ab, wie groß Möglichkeit und Anreiz sind, um Arbeitskräfte zu beschäftigen. Für jeden Wirtschaftszweig gibt es einen sogenannten Gleichgewichtslohn, bei dem alle Arbeiter Beschäftigung finden können. Die überspannte Lohnentwicklung ist auf Kosten der Kapitalbildung gegangen. Für diesen Zustand gibt es einen untrüglichen Maßstab, und das ist der Zinsfuß, der trotz der letzten Diskontsenkung immer noch bedeutend höher liegt als in unsern hauptsächlichsten Konkurrenzländern, wie Amerika, England, Frankreich, Belgien, Schweiz, Holland u. a. Je höher der Zinsfuß, um so geringer sind die Möglichkeiten einer Lohnerhöhung. Aus diesem Zusammenhang von Kapitalbildung und Lohnentwicklung geht hervor, daß es nur ein Tendenzmanöver ist, wenn von gewerkschaftlicher Seite immer wieder ein Gegensatz zwischen Kapital und Lohn konstruiert wird. Der Arbeiter hat an der Kapitalbildung und Zinsenkung das selbe Interesse wie der Unternehmer.“ Also begründete die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 93 vom 19. November d. J. das sogenannte Primat der Wirtschaft, das neuerdings mehr und mehr als Schlagwörter für alle Geschläge der privatkapitalistischen Wirtschaft form erhalten muß.

Am Anfang der menschlichen Wirtschaft stand nicht das Kapital, sondern die Notwendigkeit, durch Arbeit die Bedürfnisse des menschlichen Lebens aus den Kräften und Stoffen der Natur zu befriedigen. Diese Bewertung der menschlichen Arbeitskraft führte unter dem Primat der Vernunft nach und nach zur Kapitalbildung als Überschuß der Erträge aus Arbeitsleistungen. Durch diese Überschüsse, die gleichzeitig Anregung zur Erfindung und ständigen Verbesserung der rein materiellen oder sachlichen Produktionsmittel gegeben haben, ist eine stetige Erleichterung der menschlichen Bedürfnisbefriedigung möglich geworden. Gleichzeitig ist aber im Fortschritt der geistigen Entwicklung und in ihrer Rückwirkung auf Schulung und Verbesserungen der Arbeitsleistungen eine immer höhere und breitere Kulturstufe erreicht worden. Aber nach wie vor bildet auch heute noch neben den jeweils gegebenen Naturkräften und -stoffen die menschliche Arbeitskraft die wichtigste Quelle jeder Kapitalbildung. Unbewußt gibt das auch die „Zeitschrift“ zu, indem sie schreibt: „Die überspannte Lohnentwicklung ist auf Kosten der Kapitalbildung gegangen.“ Zwar erkennen wir die Berechtigung, von einer überspannten Lohnentwicklung zu sprechen, nicht an, wohl aber die Tatsache, daß Kapitalbildung und Arbeitslohn wie flammende Zwillinge zusammengehören.

Es ist damit noch lange nicht zum Ausdruck gebracht oder bewiesen, daß Lohn und Kapitalbildung nicht zusammen steigen oder wachsen können, sondern es liegt vielmehr in dieser Feststellung sogar die Voraussetzung, daß mit dem kulturellen Fortschreiten der Erträge aus menschlicher Arbeitsleistung Lohn und Kapitalbildung größer werden können und müssen, wenn die in Frage kommende neue Kapitalbildung in vernünftiger Weise Verwendung findet.

Am Anfang der privatkapitalistischen Wirtschaft war eine vernunft- und zeitgemäße Kapitalver-

wertung zweifellos in erheblichem Maße zu verzeichnen. Nach und nach jedoch hat sich das infolge fortgesetzter Ausdehnung dieser Wirtschaftsform, die heute zu einem unüberschaubaren Durch- und Gegeneinander ausgewachsen ist, in das Gegenteil, d. h. in viele falsche und verfehlte Kapitalanlagen oder Verwertungen verwandelt. Der materielle oder sachliche Produktionsapparat der Wirtschaft ist zwar noch lange nicht über die Bedürfnisse der heutigen Menschheit, wohl aber über die Kaufkraft der großen Mehrheit unserer heutigen Zeitgenossen auf dem ganzen Erdenrund hinausgewachsen. Das liegt aber nicht, wie die „Zeitschrift“ behauptet, an einer überspannten Lohnentwicklung, sondern an einer im Verhältnis zur Preisentwicklung viel zu geringen Kaufkraftentwicklung, die ihrerseits wieder in der zu geringen Entlohnung menschlicher Arbeitsleistungen ihre Ursache hat.

Trotz aller Schmutzkonkurrenz im deutschen Buchdruckgewerbe ist es infolge entsprechender Kapitalbildung allein in den letzten zwanzig Jahren möglich gewesen, die Zahl der Buchdruckereibetriebe von 7530 im Jahre 1909 auf 9650 im Jahre 1928, also um 28,5 Proz., zu steigern. Gleichzeitig erhöhte sich nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik die Zahl der im deutschen Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen von 153 269 auf 233 104 oder um 52 Proz. Die Zahl der Schreibmaschinen stieg von 4036 im Jahre 1909 auf rund 9000 oder um 145 Proz. im Jahre 1928, die Zahl der Schnellpressen von 18 589 auf 22 908 oder um 19 Proz., die Zahl der Tiegeldruckpressen von 9884 auf 16 296 oder um 65 Proz., und die Zahl der Rotationsmaschinen (ausschließlich Tief- und Offsetdruck) von 1455 auf 2245 oder um 54 Proz. Wir schätzen das in dieser Sekz- und Druckmaschinenvermehrung innerhalb der letzten zwanzig Jahre im deutschen Buchdruckgewerbe neu angelegte Kapital auf mindestens 250 Millionen oder eine Viertelmilliarde Mark; wobei irgendwelche Kapitalien für den Ersatz verbrauchter alter Maschinen noch mit keinem Pfennig in Rechnung gestellt sind. Das heute im deutschen Buchdruckgewerbe allein für Sekz- und Druckmaschinen Vervollkommnung der Sekz- und Druckmaschinen wie überhaupt der gesamten Produktionsmittel im Buchdruckgewerbe die Produktionskapazität auf durchschnittlich das Dreifache der Vorkriegszeit gestiegen ist. Und das alles, obwohl das geographische Absatzgebiet für das deutsche Buchdruckgewerbe sich in diesen zwanzig Jahren nicht erweitert, sondern veringert hat; was schon daraus ersichtlich ist, daß die Kopfzahl der Bevölkerung des Deutschen Reiches von 65 Millionen im Jahre 1910 auf 62,5 Millionen im Jahre 1925 zurückgegangen ist. Allein in den Jahren 1925 bis 1928, also nur in den vier letzten Jahren, wurden die Schreibmaschinen um 2000, die Schnellpressen um 1700, die Tiegeldruckpressen um 2300 und die Rotationsmaschinen um 800 vermehrt (nicht nur erneuert). Wir schätzen den in dieser Maschinenvermehrung nebst allem Zubehör neu festgelegten Kapitalbetrag der letzten vier Jahre auf insgesamt 60 Millionen Mark; womit ein Tempo der Erweiterung des Produktionsapparates und der sogenannten Selbstfinanzierung im deutschen Buchdruckgewerbe zu konstatieren ist, wie es in der Vorkriegszeit trotz niedrigerer Löhne nie zu verzeichnen war.

Bei aller Anerkennung der Aufnahmefähigkeit des gesamten deutschen Volkes für die Erzeugnisse des Buchdruckgewerbes erblicken wir in dieser außerordentlichen inneren Verstärkung unseres Produktionsapparates die ausschlaggebendste Ursache für die heu-

tige Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe. Schon seit vielen Jahren steht die Leistungsfähigkeit des Buchdruckgewerbes zur Aufnahmefähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und -kultur in einem viel intensiveren Verhältnis als in allen übrigen Kulturstaaten der ganzen Welt. Die in den letzten Jahren vollzogene außerordentliche und kostspielige Erweiterung des gesamten graphischen Produktionsapparates kann daher nicht als Beweis eines befördernden gewerbepolitischen Weitblicks auf Unternehmensebene beurteilt werden, zumal er in schroffem Gegensatz zur Entwicklung der Kaufkraft der großen Masse des Volkes steht und außerdem die Erweiterung des Auslandsabfahres auch für das deutsche Buchdruckgewerbe durch eine ebenso verfehlte Auslandspolitik der deutschen Unternehmertreuen besonders nachteiligenden politischen Parteien mehr gehemmt als gefördert wird. Es wird daher unbedingt erforderlich sein, von einem weiteren überflüssigen und kostspieligen Ausbau des Produktionsapparates im deutschen Buchdruckgewerbe Abstand zu nehmen und den vorhandenen so zu organisieren und zusammenzufassen, daß jede weitere Belastung der Gesehungskosten von der Seite der materiellen Produktionsmittel her vermieden wird. Dadurch werden aus der eignen gewerblichen Kapitalbildung genügend Mittel frei, die dazu verwendet werden können, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten, brachliegenden und das Gewerbe wie die Gesamtheit des Volkes dennoch belastenden menschlichen Arbeitskräfte so schnell und umfangreich wie möglich wieder in den Produktionsprozeß einzureihen.

Sowohl die Tatsache, daß für die vorstehend beleuchtete ungesunde und kostspielige Erweiterung des Produktionsapparates mehr als genug Kapital vorhanden war, wie auch die Entwicklung vieler mittlerer und großer Betriebe in den letzten Jahren beweisen, daß die Behauptung von einer lohnpolitischen Hemmung der Kapitalbildung nur eine Phrase ist. Diese Phrase soll nur dazu dienen, die wirklichen Ursachen einer Kapitalverknappung durch höhere Zinsen, die auf der Erkenntnis finanzpolitischer Kreise beruhen, daß planlose Erweiterungen des Produktionsapparates der deutschen Wirtschaft in starkem Widerspruch zur Kaufkraft der großen Masse des Volkes stehen, zu verschleiern. Daher hat auch die in unserm Gewerbe auf Unternehmensebene beliebte Miesmacherei keine innere Berechtigung. Im laufenden Jahre konnte selbst die „Zeitschrift“ bis jetzt nur von 35 Konkursen und 17 Geschäftsaufsichten von Buchdruckereibetrieben berichten, was bei nahezu 10 000 Buchdruckereien erst auf 300 Betriebe einen Konkurs und erst auf 600 Betriebe eine Geschäftsaufsicht ergibt. Auch sonst wird man sagen dürfen, daß diese öffentlichen Miesmacherei in maßgebenden Unternehmertreuen des deutschen Buchdruckgewerbes nicht gerade nach weiterem Kapitalbedürfnis ausbleibt. Daß diese Herren finanztechnisch so kurzfristig sein sollten, um nicht zu wissen, daß durch solche Schwarzmalerei das Vertrauen der Kreditgeber für das Buchdruckgewerbe aufs tiefste erschüttert wird, können wir nicht glauben. Aus dieser finanztechnisch nachteiligen Erkenntnis folgern wir sogar, daß das wirkliche Kapitalbedürfnis des deutschen Buchdruckgewerbes sehr gering ist, und daß die gewerbliche Eigenkapitalbildung trotz ungünstiger Abzugsverhältnisse für die Zukunft sehr wohl ausreichen dürfte, die aus der sozialen Not der Arbeitslosigkeit sich ergebende und von uns vertretene Forderung einer sozialen Rationalisierung und Neuorientierung im deutschen Buchdruckgewerbe zu finanzieren und durchzuführen. Welche Voraussetzungen und Einsichten auch noch von andern Gesichtspunkten aus dafür in Frage kommen, soll in einem weiteren Artikel erörtert werden.

Freigewerkschaftliche Warnung vor Katastrophopolitik

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gegen den in- zwischen durch Eingangs im Reichstag abgeschwächten Vorstoß der Sozialreaktion in der Finanzfrage zugunsten der Bedenken in die Regierungspolitik in einer gemeinsamen Erklärung scharf Stellung genommen. Die Erklärung lautet:

„Zu einer Zeit, in der Deutschland am Wirtschaftsgestaltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Helfershörern eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftserleichterungen des Youngplans dienen dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Deutschland und Rundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Ausschöpfung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Dröselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwägung der Steuerlasten vom Kapital auf die Arbeit. Mit den Schlagworten ‚Sicherung der Rentabilität‘ und ‚Kapitalbildung‘ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahrzehnt beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern gefördert haben. Die Gewerkschaften anerkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparsassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.“

Unter dem Schlagwort ‚Finanzreform‘ wird einseitige Besteuerung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der bestbesoldeten Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschlebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der bestehenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der drei letzten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „ans Ende ihrer Kraft“ bringen. Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwerste Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu beseitigen. In der Zukunft darf der Haushalt nicht am Rande des Defizits stehen. Er muß die Mittel sicherstellen, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unbesonnenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anzeichen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeitnehmerschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit sprechen maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht davor zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Maße zu erschüttern. Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begreiflichen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umverteilung der wirtschaftlichen Kräfte aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Art neuer sozialer Kämpfe heraufzubekommen.“

Dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der sich (als Empfänger eines Jahresgehaltens von 340 000 M.) in letzter Zeit wieder einmal gegenüber der Reichsregierung als Finanzdiktator aufspielt, widmet die „Gewerkschaftszeitung“ in ihrer neuesten Nummer einige Bemerkungen, die er nicht hinter den Spiegel stecken wird. Das Organ des ADGB. verweist darauf, daß Dr. Schacht Steuererleichterungen für die Besitzenden als Gewinn aus der Vermehrung der Reparationslasten fordert und zu gleicher Zeit gegen den Ausbau der Sozialpolitik Front macht. Dabei sei es aber weder Schachts Verdienst noch das Verdienst der deutschen Industrielassen, daß es überhaupt zur erfolgreichen Revision der Reparationsverpflichtungen kam, sondern das Verdienst politischer Willenskräfte, unter denen der frühzeitig und ständig betonte Verständigungs- und Erfüllungswille der deutschen Arbeiterschaft in der vorerwähnten Reihe stehe. „Herr Schacht“, so fährt die „Gewerkschaftszeitung“ wörtlich fort, „steht es, in einem Tone zu reden, als befände einzig und allein Er sich im Besitze der vollen untrüglchen Wahrheit über alles, was zum Wohlbedinden des Volkes erforderlich ist. Statt in solcher Weise von den von ihm angenommenen Voraussetzungen für die Erfüllung des Youngplans zu sprechen, sollte er vielmehr der durch das politische Wirken der deutschen Arbeiter-

Bewegung mitgeschaffenen Voraussetzungen für seine eigene Tätigkeit in Paris gedenken. Durch etwas mehr Bescheidenheit, das sich immerhin aus solchen Erwägungen ergeben könnte, würde er nur gewinnen. Und da die deutsche Arbeiterschaft dieses grundlegende Verdienst um den Erfolg der Reparationsverhandlungen für sich in Anspruch nimmt, wird sie sich, dessen mag Herr Schacht versichert sein, sehr einleidend und mit vollem Anspruch auf angemessenen Anteil an Vorteilen aus der Revision der Reparationspflichten an der Debatte über die Reform der Finanzen des Reiches, die nunmehr einleitet, beteiligen.“

Unbegründeter Wirtschaftsoptimismus

Bei der Beurteilung der Konjunkturlage der Wirtschaft spielen der Stand der Güterproduktion und der Beschäftigung die entscheidende Rolle. Berichten die einzelnen Wirtschaftsbereiche von hohen Produktionsziffern, ergibt die Betrachtung der Arbeitsmarktlage ein günstiges Bild, so pflegt dieses als ein Anzeichen für eine günstige Konjunkturlage gewertet zu werden, während im umgekehrten Fall aus Konjunkturrückgang und Wirtschaftsdepression geschlossen wird. Eine solche Betrachtungsart ist gegenwärtig erschwert, da wir die eigentümliche Beobachtung machen, daß die Produktionsstatistiken ein günstiges Bild zeigen, während die Arbeitslosenziffern die übliche saisonmäßige Verschlechterung bereits weit überschritten haben. Wir müssen daher eine Reihe neuer Momente mit heranziehen, um über die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre voraussichtliche Gestaltung in der nächsten Zeit ein Urteil zu gewinnen. Der Gegensatz zwischen der unerfreulichen Lage des Arbeitsmarktes und dem günstigen Stand der Produktion ist ohne Mühe aufzuzeigen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Steinkohlegewinnung wesentlich gestiegen. Es lag beispielsweise in der ersten Novemberwoche die arbeitsmäßige Produktion allein im Ruhrrevier um rund 45 000 Tonnen über dem Stand des Vorjahres in der gleichen Zeit. Die Wagengestellung der Reichsbahn, der Binnenwasserstraßenverkehrs und der Schiffsverehr der deutschen Häfen, diese für konjunkturstatistische Beobachtungen so wichtigen Ziffern, zeigen deutlich, daß die Umsätze der Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen sind. Der Wert der Ausfuhr konnte ebenfalls stark erhöht werden, lag im September d. J. um 85 Millionen, bei den Fertigwaren allein um 51 Millionen über dem Stand des gleichen Monats des Vorjahres. Das Arbeitslosenheer dagegen nimmt ständig zu, hat seit Mitte November nach dem letzten Bericht des Reichsarbeitsmarktanzeigers die Million überschritten. Daß die Wirtschaft alles andere als schwach und trant ist, bewies ihre erstaunliche Widerstandsfähigkeit, die sie in den letzten Monaten gegenüber den Vorgängen auf dem Geld- und Kapitalmarkt gezeigt hat. Infolge der schlechten Lage des Kapitalmarktes, verursacht in erster Linie durch die New Yorker Aktienpekulation, konnten die Kreditprüfungen der Wirtschaft in keiner Weise beschränkt werden und trotzdem konnten, wie oben ausgeführt wurde, Produktion und Umsatz ihren Umfang nicht nur voll behaupten, sondern gegenüber dem Vorjahr wesentlich ausdehnen. Der Kapitalmarkt dürfte in der Zukunft eine wesentliche Erleichterung erfahren, seitdem die Hausspekulation in Amerika zusammenbrach, so daß in der nächsten Zeit vom Kapitalmarkt leicht langer Zeit wiederum zum ersten Male erhebliche Antriebskräfte in die Wirtschaft kommen dürften. Schon jetzt wird täglich Geld in Fülle und Gülle angeboten, während langfristige Kredite zwar noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, aber spätestens am Frühjahr in erheblichem Umfang vom amerikanischen Kapitalmarkt Deutschland zur Verfügung gestellt werden dürften. Das erste Anzeichen für diese erfreuliche Veränderung ist der 60-Millionen-Kredit, den Amerika der Stadt Berlin angeboten hat. Mit einer Maximalverzinsung von 8,8 Proz. ist die Verzinsung gegenüber den bis vor kurzem geltenden Kreditkosten von 11 Proz. und darüber für kurzfristige Stadtanleihen als günstig anzusehen, zumal die für später vorgesehene langfristige Anleihe sich wahrscheinlich noch billiger stellen wird. Es ist eigentlich verwunderlich, wenn der soeben erwähnte Vierteljahrsbericht des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung auf keine günstige Wirtschaftsprognose lautet, sondern den Eintritt in eine Depressionsphase ankündigt, in deren Verlauf allerdings neue Antriebsbenzenzen erwartet werden. Dieses Urteil erscheint uns um so unverständlicher, als gerade die deutsche Konjunkturforschungstelle in allen ihren Berichten bisher die auch uns richtig erscheinende Ansicht vertreten hatte, daß zur Zeit die Lage des Kapitalmarktes wesentlich die gesamte Wirtschaftslage bestimme. Wir verstehen nicht, warum gerade dieses Mal die zu erwartende Entlastung des Kapitalmarktes keine wirtschaftsbelebenden Kräfte auslösen soll.

Zur Tiefdruckfrage

Nachdem schon wiederholt über den Tiefdruck und seine Bedeutung für unser Gewerbe im „Korr.“ und andern Fachblättern Artikel geschrieben wurden, ist es an der Zeit, auch einige Worte über die gesundheitliche Auswirkung des Tiefdruckverfahrens für die damit beschäftigten Kollegen zu verlieren. Es dürfte bekannt sein, daß zwei Arten von Farben verwendet werden. Erstens Wasserfarben, welche, wie schon der Name besagt, unter Zusatz von Wasser verdrückt werden. Ferner werden — und zwar hauptsächlich — Öl-

verdrückt. Diese Ölfarben werden von den Farbenfabriken dickflüssig angeliefert und unter Zusatz von Benzol, Toluol oder Äthylverdrückt und unter Zusatz zu werden. Wegen der besseren Bildübergabe und vor allem der Licht- und Wasserbeständigkeit (Wasserfarbenbrud löst sich bei Nasswerden auf) wird fast nur noch Ölfarbendruck von den Verbrauchern verlangt. Der Zusatz der genannten Verdünnungsmittel ist wegen der besonders guten Trockenheit durch ihren hohen Verdunstungsgrad für die schnelle Abwicklung des Druckprozesses erforderlich. Wenn man nun berücksichtigt, daß außerdem der frische Druck, um rüdtseitig bedruckt zu können, noch über Trodentrommeln oder Heizplatten läuft, kann man sich leicht vorstellen, daß hierbei sehr starke Dünste und Dämpfe entstehen. Es ist festzustellen, daß in jedem Farberwerb flündlich 2 kg Benzol verdunstet, zu welchem noch die nicht unerheblichen Dämpfe des Trockenprozesses kommen. Es läßt sich dann leicht erklären, daß je mehr Maschinen und je länger dieselben in Betrieb sind, diese äußerst gesundheitsgefährlichen Dünste und Dämpfe anhäufen. In den meisten Betrieben befinden sich zu allem Leidwesen die Maschinenäle im Souterrain oder zumeist im Keller, wo ohnehin schon dumpfe, schlechte Luft ist. Die riesigen Ausmaße der modernen Maschinen und ihre Schwere bedingen baupolizeilich diesen Umstand.

Da die Kollegen acht Stunden in einem mit giftigen Dünsten und Dämpfen geschwängerten Arbeitsraum ihren Dienst versehen müssen, was bei Wechselhaft noch nachteiliger wirkt, hat schon ein Teil unserer Kollegen sehr ernsthafte Schäden genommen. Bekannt ist das Benzolgift sehr schädlich für das Knochenmark und löst eine blutperlebende Wirkung aus. Es sind in jüngster Zeit ärztliche Untersuchungen angestellt worden, die dies in jeder Beziehung bestätigen. (Siehe auch die Broschüre der Deutschen Gesellschaft für Gewerbeghygiene „Das Tiefdruckverfahren und Maßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen bei seiner Verwendung“). Leider ist es den Wissenschaftlern und Chemikern zur Zeit noch nicht gelungen, andere Farben und Zusatzstoffe, welche frei von den schädlichen und gefährlichen Stoffen sind, zu finden. Hier harret der Chemie ein großes, segensbringendes Arbeitsgebiet.

Für unsre Verbandsvertreter aber ist es bei den bevorstehenden Tarifberatungen höchste Pflicht, mit ganzer Kraft für ihre Kollegen des Tiefdrucks solche Schäden abzuwenden. Ferner müßte für die Kollegen im Tiefdruck, da dieselben infolge ihrer gesundheitsschädlichen Arbeitsweise ganz bedeutende Mehrausgaben zur Erhaltung ihrer Gesundheit haben, auch in der Lohnfrage ein Ausgleich geschaffen werden. Die Kollegen des so riesig vorwärtsschreitenden Tiefdruckverfahrens wünschen auch ihren Anteil an der Erzeugnisse und nicht nur einseitig die Schäden und das Unangenehme.

T. P. J.

Die Meisterkassen

Es ist sehr erfreulich, daß die Leipziger Gesellenschaft ihre Stellungnahme zur neuen „Meisterkassen“ für das graphische Gewerbe veröffentlicht hat. Leider sind die ausgeführten Gedanken der Gesellensmitglieder der Leipziger Schulausschusses für den Aufbau dieser Schule nicht zur Durchführung gekommen. Trotzdem wäre es nicht richtig, würde die Gesellenschaft den Meisterkassen kein Interesse mehr entgegenbringen, denn die Heranbildung von „Meistern“ für das Buchdruckgewerbe ist auch eine Angelegenheit der Gesellenschaft. Es kann ihr nicht gleichgültig sein, wer Meister wird und mit welchen Kenntnissen die kommenden beruflichen Führer ausgestattet werden. Bis her hat es allerdings den Anschein, als würde diese Berufsbildung nur einem Teil der Berufsangehörigen zu stehen. Denn kaum ist die neue Meisterkassen in Leipzig eröffnet, wird bereits eine weitere in Sektin angekündigt, und es wird nicht lange dauern, dann sehen wir solche Schulen auch in Röhn und Stuttgart entstehen. An sich ist gegen die Errichtung von neuen Fachschulen nichts einzuwenden. Ist es aber richtig, den „minderbemitteltesten“ Berufsgenossen den Weg zu den Meisterkassen zu versperrern? Gewiß können auch Gesellen, wenn sie die nötige „Vorbildung“ besitzen, zum Studium zugelassen werden, aber wer gibt ihnen die Mittel dazu? Viertausend Mark für drei Semester (Schulgeld und Lebensunterhalt) vom Lohn anzuspargen, ist einem Gesellen einfach unmöglich. Eine andere Hilfe kommt nur in den allerletzten Fällen in Frage. Was besagen da schließlich zwei oder drei Freistellen. Die besten unter den Berufsgenossen müssen aus materiellen Gründen auf den Besuch verzichten. Der Verfasser bekommt tagtäglich selbstlagende Zuschriften von freistem Gesellen, die irgendeine Fachschule besuchen möchten, jedoch die Mittel hierzu nicht aufbringen können.

Nun war es bisher wohl so, daß die Mehrzahl der „wirklichen Meister“ im Buchdruckgewerbe aus der Gesellenschaft hervorgegangen ist. Und weil dies jedenfalls auch in Zukunft so bleiben wird, braucht das Buchdruckgewerbe Meisterkassen, die auch von tüchtigen, begabten und freistem Gesellen besucht werden können. Die Leipziger Kollegen haben schon einen Weg gezeigt, der gegangen werden kann. Vor allem müssen die hohen Semestergebühren wenn nicht ganz erlassen, so aber doch bedeutend reduziert werden. Weiterhin müßte durch entsprechende „Abend-Auskulture“ Gelegenheit zum Meistersstudium gegeben werden. Es kann beklagt werden, daß die Fachschule für Buchgewerbe und Graphik in Nürnberg diesen Forderungen bereits seit fünf Jahren Rechnung trägt. Wohl als einzige Fachschule in Deutschland erhebt

Die von den Tagesvollstüekern ein Schulgeld von 50 M. für das ganze Schuljahr (15. September bis 15. Juli), lehrt aber trotzdem alle von den Leipziger Kollegen in Vorschlag gebrachten buchgewerblichen und graphischen Fächer; allerdings nicht in akademischer und übertrieben wissenschaftlicher, sondern in gründlicher theoretischer und praktischer Form. Auch die Abend-Ausbaukurse hat sie bereits in fast der gleichen Art durchgeführt, wie sie von den Leipziger Kollegen vorge schlagen wurden. Ortsansässige Tagesvollstüecker sind nicht nur schulgeldfrei, sie erhalten von der Stadt noch ein Stipendium von etwa 300 M. jährlich. Für die Abendkurse brauchen nur 9 M. pro Stunde und Jahr entrichtet werden. Diese aus klädischen Mitteln eingerichtete und unterhaltene Schule stellt also einen Schultpfand dar, wie er der Gehilfenschaft in Leipzig in der dortigen neuen Meisterhale vor sichweht. Die Müritberger Schule hat sich allerdings nicht den hochklingenden Namen „Meisterhale“ beigelegt, obwohl aus ihr anerkannt tüchtige Meister hervorgehen. Es müßte versucht werden, auch in anderen Städten mit gut eingerichteten Fachschulen derartige Tagesturse und Abend-Ausbaukurse einzurichten. Unser Bildungsverband wird auf diesem Gebiet sicher auch gern mitarbeiten und seinen bereits bestehenden Kursen für typographische Gestaltung allgemein-berufliche und betriebskundliche Fächer anschließen. Manche Ortsgruppen haben ja solche Kurse schon mit in ihr Programm aufgenommen, sie müssen nur noch methodisch aufgebaut werden und ein bestimmtes Ziel bekommen.

Ganz richtig sagen die Leipziger Kollegen, daß das Ziel der Meisterhale nicht einzig und allein auf die Ablegung der Meisterprüfung gerichtet sein soll. Dieses Ziel kann übrigens bei der heutigen Art der Meisterprüfungen ein intelligenter Fachmann auch mit einem kurzfristigen „Vorbereitungskursus“, wie solche vom Bildungsverband und verschiedenen Fachschulen veranstaltet werden, erreichen. Es ist allerdings dringend notwendig, daß die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe gründlich reformiert wird. Mit den vor längerer Zeit vom Deutschen Buchdrucker-Berein herausgegebenen Richtlinien für die Meisterprüfung ist keine wesentliche Besserung erreicht worden. Was nützt ein Buß von Prüfungsfragen, wenn die meisten zwei- und dreideutig sind oder Dinge behandeln, welche gar keinen Rückschluf auf die Befähigung des Prüflings zum Meister gewähren. Die gesamten Prüfungsaufgaben und auch das Prüfungsverfahren muß den heutigen Berufs-anforderungen, die man an den zukünftigen Führer stellt, entsprechen, darf nicht mit überflüssigem Stoff belastet werden. Allerdings bedingt diese Art der Meisterprüfung einen Prüfungsausschuß, der solchen Anforderungen in jeder Hinsicht gewachsen ist, dessen Mitglieder nicht nur in der eignen Sparte zu Hause sind, sondern auch alle übrigen buchgewerblichen und graphischen Arbeitsgebiete gründlich kennen. Bei dem heutigen Stand der Technik ist das nicht gerade einfach. Die Meisterprüfungsausschüsse könnten aber einer solchen Prüfung näherkommen, wenn sie tüchtige Fachlehrkräfte zur Ausarbeitung des Prüfungsstoffes und zur Abnahme der Prüfung beiziehen würden. Den Beweis dafür liefern die unter Mitwirkung der Fachlehrer durchgeführten Zwischen- und Gehilfenprüfungen. Aber, wie schon betont, soll das Ziel der sogenannten Meisterhale nicht allein die Ablegung der Meisterprüfung sein, sondern es sollen dort Fachmänner herangebildet werden, die wirkliche Führer in beruflicher Hinsicht sind, die den Beruf nicht von einem einseitigen wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachten; die sich auch bemüht sind, daß sie nicht um ihrer selbst willen Meister sein wollen, sondern vielmehr der großen Berufsgemeinschaft zu dienen haben.

M ü r n b e r g. G o t t l i e b F i s c h e r.

Auseinandersetzungen zwischen Redakteuren und Buchdruckern

In Zeitungswissenschaftlichen Kollegium der Heidelberger Universität hielt Dr. Schumacher, Redakteur an der sozialistischen Stuttgarter „Schwabischen Tagwacht“, einen Vortrag über „Sozialistische Zeitungen“. Er behandelte dort nach einem Bericht die inneren Verhältnisse der sozialistischen Presse, die uns Buchdrucker zum Teil interessieren dürften.

Was der Vortragende über politische und verlags-technische Erfordernisse, was er über Inhalt und Ausstattung der Zeitung sagte, ob Gewinnfragen oder Nachrichtendienst, das soll uns hier nicht berühren. Für uns Buchdrucker in Zeitungsbetrieben ist das von hohem Interesse, was der Redner zum Schluß des Vortrages über die Zusammenarbeit mit den Buchdruckern bei der Herstellung der Zeitung zu sagen wußte.

Nach dem Bericht folgendes: „Der sonstige Kampf zwischen Redaktion und Geschäftsführung erschöpft sich in der Formel: Die Zeitung macht immer Defizit; wenn überflüssig vorhanden ist, so ist es auf die tollste Weise der Arbeitsdruckerei zurückzuführen. Weit schwieriger sind die Auseinandersetzungen, die der Redakteur mit den Buchdruckern zu bestehen hat. Auf Grund der Tradition und einer früheren Vormachstellung besitzen die Buchdrucker einen gewissen Einfluß auf die Aufmachung der Zeitung und beanspruchen nicht selten überhaupt das Monopol auf drucktechnische Ästhetik. Der ist erschaffen als sozialdemokratischer Redakteur, der sich von Buchdruckern die Aufmachung der Zeitung diktieren läßt.“ Soweit Dr. Schumacher.

Wir können diese Auseinandersetzungen der Redakteure mit den Buchdruckern, die oft zu unliebenden Szenen in

den Umbruchabteilungen führen und das rechtzeitige Erscheinen des Blattes in Frage stellen. Sie haben dort in jenen Betrieben ihre Heimstätte, wo die Vormachstellung der Redaktion gegenüber einer alternierenden Geschäftsführung ihre Triumphe feiert. Die Redaktionen haben auch so etwas wie Richtlinien, genau wie der technische Betrieb, um den normalen Gang einer Zeitung zu gewährleisten; nur mit dem Unterschied, daß die Redakteure oft auf diese Richtlinien pfeifen, weil ja niemand über ihnen steht, der sie auf die Rücksichtslosigkeit ihres Tuns aufmerksam macht, während man die technischen Arbeiter durch Tarif, Arbeitsordnung, kollegiales Hand-in-Hand-Arbeiten am Bändel hat.

So haben die Kollegen im Zeitungsbetrieb den Hauptanteil an jener nervösen und aufreizenden Hege zu tragen, hervorgerufen durch mangelhafte Raumeinteilung, ungenügende Manuskriptausgabe, Verriichten gefehelter Artikel, ungenügende Bearbeitung des Manuskripts durch den Redakteur und so manderlei unproduktive Redaktionsbefugnisse, von alledem natürlich der Buchdrucker nach Meinung der Redakteure nichts versteht. Und diese aufreizende Hege hat ja auch ihre üblen Begleiterscheinungen, die leider bis vor das Auge des uneingeweihten Lesers dringen. Das Verheben von ganzen Griffen, das Verketen von Korrekturzeilen oder die vielen Fehler in der Zeitung haben dem aufmerksamen Leser so oft einen Grund auf den Sefer entwunden. Der Leser weiß natürlich nicht, daß so viele unberufene Hände (Redakteure, Betriebsleiter, Maschinenseherfaktor) an der Kolonne herumwurken, daß der Metteur oder seine Hilfskraft oft keinen Platz mehr haben, um das, was noch an der Kolonne fest, zu vollbringen. Schon ist die Seite prägereif, wird geprägt und verschwindet als Mater in den Gießapparat. Die Rotationsmaschine läuft (dann Post und Bahn warten keine Minute), die ersten Exemplare liegen vor den Gewaltigen des Betriebs, und diese entdecken dann die Mängel in der Nummer, und der Betriebsleiter und die Redakteure erblicken spaltenweise stehengebliebene Fehler, die die schwebenden Korrekturen wohl angepeinigt haben, die aber im Orange der Hege nicht mehr korrigiert wurden. Aber es bleibt all dies am Personal hängen.

So gehts nun fast alle Tage. Und alle Tage haben die zeitungserstellenden Buchdrucker ungeheuer unter der heutigen Vormachstellung des Redakteurs zu leiden, und sie zehrt an deren Gesundheit. Doch mit stummer Hingabe an die Arbeit tragen die Knechte der Zeitung diese Last, damit der Gloriosens der Redakteure vor der Maske nicht verblasst. Der Sieg über die von Dr. Schumacher zitierte Vormachstellung und monopolisierte Ästhetik der Buchdrucker in der Herstellung der Zeitung ist von den Redakteuren errungen und die Buchdrucker sind erschollen, dank einer Ordnung, die einen gehobenen Stand die mühevollste Arbeit im Zeitungsproduktionsprojektor großer Teile unsrer Berufsangehörigen mißachten läßt.

Es wäre natürlich eine große Unterschätzung, wollte man nicht die gute Arbeit der Redaktionen anerkennen. Es könnte einem sonst dabei ergehen wie einem mir bekannten Redakteur, der einmal eine Verammlung über die Schwierigkeit seines Berufs anstufte, indem er sagte: „Genossen, sie können mirs glauben, wenn die Zeitung fertig ist, dann sind auch wir (die Redakteure nämlich) fertig.“ Und manche sagten sich, ja das stimmt, denn die Redakteure gehen weg oder rufen sich aus, wenn sie fertig sind, was der andre Teil, der ebenfalls an der Zeitung beschäftigt ist und auch fertig ist, nicht tun kann, weil sein Arbeitsmaß noch nicht voll ist.

Wir wollen uns gewiß nicht in die Obliegenheiten des Redakteurs mischen; es sei denn, daß der technische Arbeitsgang durch sie gestört wird. Wir Buchdrucker müssen aber dagegen Stellung nehmen, daß der Redakteur versucht, aktiv in den technischen Apparat einzugreifen. Der Redakteur kann hier nur Wünsche äußern einem verantwortlichen Betriebsleiter gegenüber, der erfüllt oder ablehnt, damit nicht das technische Personal die Kosten einer allzu erheblichen Auseinandersetzung zu tragen hat. Wir wissen, daß es eine ganze Reihe von Zeitungen gibt, wo bei allen vorkommenden Streitfällen zwischen Redaktion und technischem Betrieb nicht die Redakteure, sondern der Rentabilitätsstandpunkt der Geschäftsteilung entscheidet. Und das scheint uns das Richtige zu sein, um die Angehörigen des technischen Betriebs davor zu schützen, daß sie die alleinigen Träger der Rentabilität und Rationalisierung sein müssen.

Dem Herrn Dr. Schumacher und dessen Kollegen, die seine Meinung vertreten, rufen wir unter Protest zu: Laßt eure Finger von Sachen, die ihr nicht versteht, prüfht nicht in unser Arbeitsfeld, dann werdet ihr nicht „erschossen“ sein.

E. L.

Der Kampf um die Krankenversicherungsreform

Seit längerer Zeit bereits beschäftigt sich das Reichsarbeitsministerium mit den Vorarbeiten zu Änderungen der Krankenversicherung. Man spricht sogar von einer Reform! Das Ergebnis dieser Vorarbeiten sind eine Reihe von Vorschlägen, die vor kurzem Gegenstand einer eingehenden Verhandlung mit den Vertretern der sozialen Versicherungsträger und den an der Krankenversicherung beteiligten Organisationen der Unternehmer, Arbeiter und sonstigen Stellen waren. Der Bedeutung der Krankenversicherung als Grundlage der deutschen Sozialversiche-

rung entsprechend, war die Beteiligung an dieser Verhandlung sehr stark. Ebenso stark waren aber auch die Gegenkräfte, die sich hierbei herausstellten und auf die Schwierigkeiten hinwiesen, die wie seither einer gründlichen Reform der Krankenversicherung entgegenstehen. Das ist erklärlich, gehen hierüber doch schon die Ansichten der Unternehmer wie der Arbeiter weit auseinander. Während letztere in ihrer weit überwiegenden Mehrheit auf eine Vereinheitlichung der Krankenversicherung wie der gesamten Sozialversicherung hindrängen, wollen die Unternehmer von Zugeständnissen in dieser Richtung nichts wissen und sowol die Zerspitterung des Krankenversicherungswesens als auch der übrigen Versicherungsgebiete auch wohl erhalten, obwohl sie nicht ableugnen können, daß diese Zerspitterung die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger stark beeinträchtigt sowie auch sonst schwere Anzutraglichkeiten und nicht zuletzt erhebliche Kosten verursacht.

Diese Haltung der Unternehmer steht mit ihren Forderungen an das Reich, wie sie soeben erst wieder in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nach Rationalisierung und Vereinfachung der staatlichen Verwaltung als auch größerer Sparsamkeit erhoben werden, in stärksten Widerspruch, und wird nur durch die Abneigung der Unternehmer gegen alle Bestrebungen erklärlich, die auf einen Ausbau der deutschen Sozialversicherung oder die Erweiterung und Rationalisierung ihrer Leistungen hinauslaufen. In dieser Hinsicht ist die Haltung der Unternehmer durchaus eindeutig. Sie offen gegen das Weiterbestehen der Sozialversicherung zu erklären und deren Beseitigung zu fordern, wagen sie nicht. Wohl aber wollen sie ihren Abbau! Die genannte Denkschrift bringt die Absicht in der Weise zum Ausdruck, daß zwar die bisherigen Grundlagen der Sozialversicherungen erhalten bleiben, ihre Aufgaben und Leistungen aber im Gegensatz zu dem jetzigen Zustand den Grenzen wirtschaftlicher Tragfähigkeit angepaßt werden sollen. Ihre Aufgabe sollte lediglich darin bestehen, die wirklich schuldbedürftigen zu betreffen, eine unberechtigzte, die Volksmoral schädigende Ausnützung ihrer Einrichtungen aber verhindern.

Das bedeutet mit andern Worten, wie ja auch von den verschiedensten Seiten aus dem Unternehmerlager wiederholt ausgesprochen wurde, daß die heutige Sozialversicherung bereits weit über ihre eigentlichen Aufgaben hinausgewachsen sei und sich zu einer Quelle unermantwirklicher Mißbräuche entwickelt habe. Hat man sich doch sogar nicht gescheut, die Sozialversicherung als einen „Frevler am Volke“ zu bezeichnen. Diese unerbörten, durch nichts bemessenen Befehlshandlungen sind zwar von den maßgebenden Stellen unter eingehender Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse, die von solchen Mißbräuchen oder einer Überspannung der sozialen Versicherungsleistungen nichts erkennen lassen, wiederholt scharf zurückgewiesen und widerlegt worden, was aber die Unternehmer nicht hindert, bei ihren Behauptungen zu beharren. Sie wollen keine Sozialversicherung, die diesen Namen verdient und in ihren Aufbau wie in ihren Leistungen Rechte der Arbeiter und einen Anspruch auf eine auch nur einigermaßen ausreichende Versorgung im Falle von Krankheit, Invalidität oder Erwerbslosigkeit anerkennt. Nach ihrer Ansicht soll vielmehr die Sozialversicherung wieder auf den Stand einer unzulänglichen Armenfürsorge heruntergedrückt werden, die nur die allerdringendsten Bedürfnisse notdürftig befriedigt. Von diesen Absichten ausgehend, lehnen die Unternehmer jede Verbesserung der Sozialversicherung ab und suchen sie mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln zu bekämpfen.

Das tritt denn auch mit aller Deutlichkeit gegenüber den Reformplänen des Reichsarbeitsministeriums zur Krankenversicherung hervor. Hier sogar mit besonderer Schärfe, weil die Unternehmer sehr wohl wissen, daß die Krankenversicherung die Grundlage der gesamten Sozialversicherung bildet und wesentliche Abänderungen ihrer Organisation und ihres Aufbaues nicht ohne Auswirkung auf die übrigen Versicherungsgebiete bleiben können. Das zeigt auch das Ergebnis der gepflogenen Verhandlungen, die sich in der Hauptsache mit der Erweiterung des Versicherungskreises, dem Zunahme des Versicherungswesens und die Organisation der Gemeinschaftsarbeit der Versicherungsträger befaßten. Die Unternehmer waren zu keinem Entgegenkommen bereit und wollten selbst von einer Beseitigung oder Einschränkung der heutigen Krankenkassenzerspitterung nichts wissen, obwohl hier die Verhältnisse immer gebietertischer ein dahin gehendes Vorgehen fordern.

Nach dem soeben veröffentlichten Bericht des Statistischen Reichsamtes über die Krankenversicherung im Jahre 1928 waren im Jahresdurchschnitt nicht weniger als 7420 reichsgesetliche Krankenkassen tätig. Nebeneinander bestanden 2140 Ortskrankenkassen, 423 Landkrankenkassen, 3958 Betriebskrankenkassen, 871 Innungskrankenkassen und 33 Anknappungstrantenkassen mit insgesamt 18,5 Millionen versicherungspflichtigen Mitgliedern. Hinzu kommen noch 58 Ersatzkrankenkassen mit 1,2 Millionen Mitgliedern, wodurch sich ein Verhältnissestand von insgesamt rund 19,7 gegenüber 20,3 Millionen im Jahre 1927, ergibt. Es ist also ein Wüdgang der Versichereren, aber auch eine Verminderung der Krankenkassen um 33 eingetreten. Wehtrer Worgang wiederholt sich schon seit Jahren. Seit dem Jahre 1921 ist bereits die Zahl der reichsgesetlichen Krankenkassen um 1019 zurückgegangen, was auf das vorhandene Bedürfnis nach stärkerer Konzentration und Einheitlichkeit

im Krankenversicherungswesen hinweist. In Abgang kamen in dieser Zeit 394 Ortskrankenkassen, 73 Landkrankenkassen und 601 Betriebskrankenkassen, während sich die Zuzugskrankenkassen um fünf vermehrten, obwohl diese sowohl nach dem Mitgliederstand wie auch sonst die geringste Leistungsfähigkeit aufwiesen. Bei der Abnahme der Orts- und Landkrankenkassen handelt es sich um die Verschmelzung mit größeren Versicherungsverbänden, bei den Betriebskrankenkassen um die Aufgabe der eignen Organisation und Aufgehen in Ortskrankenkassen. Trotz dieser Abnahme ist aber die Zahl der Krankenkassen noch viel zu groß, womit natürlich ganz beträchtliche Aufwendungen verbunden sind, die sich bei noch stärkerer Konzentration des Krankenversicherungswesens unter wesentlicher Steigerung der allgemeinen Leistungsfähigkeit nicht unerheblich vermindern ließen. Ist es doch eine unbefriedigende Tatsache, daß unter normalen Verhältnissen bei gleichen, ja selbst niedrigeren Beiträgen die Leistungsfähigkeit der großen Krankenkassen weit über die der kleinen hinausgeht.

Hieraus hat die Gesetzgebung infolge des Widerstandes der Unternehmer und der ihnen nahestehenden Parteien noch nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Ein Blick auf die Stärkerhältnisse der verschiedenen Krankenkassenarten läßt dies leicht feststellen. Von den Versicherten entfielen nämlich im Durchschnitt auf eine Krankenkasse: bei den Ortskrankenkassen 6020, bei den Landkrankenkassen 4300, bei den Betriebskrankenkassen nur 819 und bei den Zuzugskrankenkassen gar nur 635 Mitglieder. Sieht man in Betracht, welche Anforderungen bei dem gegenwärtigen Stande der medizinischen Wissenschaft, der Höhe der ärztlichen Honorare, der Kosten der Krankenhausbehandlung und Heilmittel, wie nach den Erfordernissen der Wirtschaft an eine rationelle Gesundheitsfürsorge gestellt werden, so ist ohne weiteres klar, daß die bestehenden Zuzugskrankenkassen zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben nicht imstande sein können. Ihre künftliche Aufrechterhaltung läßt sich daher nach keiner Seite hin rechtfertigen, und eine wirksame Reform der Krankenversicherung kann an der Beseitigung dieses Zustandes nicht vorübergehen.

Nicht minder erforderlich ist aber auch die Erweiterung der Versicherungsgrenze. Diese wurde im Jahre 1927 für die Angestellten auf 3000 M. Jahreseinkommen festgesetzt, was selbst nach den Abänderungsvorschlägen der Regierung nicht mehr der gesunden Kaufkraft der Mark entspricht. Die Gewerkschaften fordern deshalb für die Pflichtversicherung eine Erhöhung der Einkommensgrenze von 8400 M., was in Hinblick auf die beträchtlich gestiegenen Aufwendungen für Heilbehandlung in Krankheitsfällen nicht zu hoch gegriffen erscheint. Ein Krankheitsfall bedeutet heute auch für den Angestellten mit über 3000 M. Einkommen oft den wirtschaftlichen Ruin, vor dem er geschützt werden muß. Das gleiche trifft für andre Berufsstände zu, die der Versicherungspflicht nicht unterliegen und für die, soweit sie nicht darin einbezogen werden sollen, eine Erleichterung der freiwilligen Versicherung gefordert werden muß. M a t u t a t.

Korrespondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 12. Dezember.) Kollege Albrecht eröffnete um 17½ Uhr die Versammlung mit Bekanntgabe der Tagesordnung und Beratung eines Antrags zur Geschäftsordnung, der die Freigabe der Tribünen forderte. Der Antrag wurde nach Darlegung der Gründe abgelehnt. Hierauf erhielt Kollege Braun das Wort zu seinem Bericht. Einleitend sprach er dem Kollegen Schlessler den Dank des Gauses aus für die nunmehr 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Schiedsamtes, ihm weiteres gedeihliches Wirken wünschend. Außerdem gab er bekannt, daß bis zum 1. Dezember in diesem Jahre 30 Kollegen die Feier ihrer 50jährigen Zugehörigkeit zum Verband feiern konnten. Zur Bewegungskritik gab er bekannt, daß sich die Zahl der Mitglieder gegen den Anfang des Jahres um 791 erhöht habe, über deren Spezifikation er genauere Zahlen angab. Im übrigen war das Jahr ein solches der Arbeit, wobei er besonders auf die Lohnverhandlungen im März und auf den Verbandstag in Frankfurt a. M. im Juni hinwies, worüber in den Bezirksversammlungen eingehend berichtet wurde, während das Lohnabkommen trotz seines unbefriedigenden Resultats von der Mehrheit der Generalversammlung angenommen wurde. Auf die Beschlüsse des Verbandstages in Frankfurt hinweisend, bemerkte er, daß diese für die Handlungen des Gauvorstandes maßgebend waren. Zu den kein Berliner Angelegenheiten machte Braun auf den sich immer mehr verhäufelnden Kleinriegel aufmerksam, hinweisend auf die Kündigungssaitende des zweiten Vorsitzenden der Prinzipale, Herrn Herper, im Juli, bis zur Klärungsaufforderung des Herrn Generalsekretärs F. W. Schmidt in der „Zeitschrift“ vor etwa vier Wochen, worauf der „Korr.“ in seinen letzten Nummern besonders aufmerksam gemacht habe, den Mitgliedern der Organisation dabei den Ernst der Situation vor Augen führend. Außerdem mußte wiederholt eingegriffen werden bei Tarifwiderständen, unbefristigten Kündigungen, Zahlungsschwierigkeiten, bei Bankrotten, Stilllegungen, Kurzarbeit, Verhäftnisse an Eingangsstellen usw. In den meisten Fällen geschah das Eingreifen mit Erfolg, zumindest mit einem annehmbaren Vergleich. Die Verhältnisse aus bankrotten Firmen konnten meist, wenn auch nach Schwierigkeiten, in außerordentlichen Druckeräten untergeändert werden. Die seitige Arbeitsfrage, die so häufig Anlaß zu Konflikten gibt, wird hoffentlich bei den nächsten Manteltarifverhandlungen geregelt werden können. Auf die am 11. Februar 1930 stattfindenden Manteltarifverhandlungen ging Kollege Braun ausführlich ein und präziserte dabei die Stellung des Gauvorstandes. Über die Gauvorsteherkonferenz

am 10. und 11. Januar soll in den Bezirksversammlungen Bericht erstattet werden. Weiter ging Kollege Braun dann auf den Respektentwurf zum Krankeinsatzgesetz ein, in dem für uns weitgehende Verbesserungen enthalten sind, sollen doch alle unsere Mehrleistungen auf das Niveau von Regelleistungen herabgedrückt werden. Die graphischen Verbände haben gegen die Verbesserungen bei dem zukünftigen Dezentern protestiert und werden zur gegebenen Zeit mit ihrem Protest an die Öffentlichkeit und an den Reichstag gehen. Um mitschließen an der Beseitigung der Wohnungsnot, hat sich der Gau vor zwei Jahren der Gehag angeschlossen und ist jetzt mit einem Kapital von 50 000 M. daran beteiligt, wodurch unsre Kollegen das Recht haben, sich im Bedarfsfälle an die Gehag zu wenden und als Pflanzlinge auf eine Neubauwohnung vorzumerken zu lassen, da es der Gehag jetzt möglich ist, unter Voraussetzung gewisser Bedingungen ihre Wohnungen freihändig zu vergeben. Weiter wies Kollege Braun auf die neue Zeitung „Aufwärts“ hin, die ab 1. Januar 1930 vom Ortsausschuß herausgegeben wird und für alle Gewerkschaften bestimmt ist. Unsre „GauMitteilungen“ erscheinen aber trotzdem weiter. Die Verfestigungsabteilung entfaltete im abgelaufenen Jahr eine rege Tätigkeit, wurden doch neben den regelmäßigen Monatsversammlungen ein weiterer Abend und eine Vorführung in der „Volkshöhle“ veranstaltet, außerdem eine zweitägige Fahrt nach Rügen. Der Mitgliederstand ist von 2151 auf 2052 zurückgegangen, hat sich also um 69 vermindert, was darauf zurückzuführen ist, daß mehr Leistungen ausgemerkt haben, als neu eingekleidet worden sind. Braun kam dann auf die Ausschüsse zu sprechen, die im Laufe der letzten Monate vorgenommen werden mußten, und die so schweren Auseinandersetzungen führten. Es handelt sich hierbei um die Kollegen Berndt, Schiller, Peter und Weber von den Arbeitslosen wegen ihres unqualifizierbaren Verhaltens in der Arbeitslosenversammlung, die vom Gauvorstand einberufen war, und um die Kollegen Göblich, Jahn und Goldmann aus der Reichsdruckerei, die sich trotz der entgegenstehenden Beschlüsse des Gesamtgaukongresses, des DGB, und unsres Verbandstages auf eine zweite Liste zu den Betriebsrätewahlen aufstellen ließen und alle gutgemeinten Warnungen in den Wind schlugen. Die Mehrheit der Versammlung war mit dem Vorgehen des Vorstandes in diesen Fällen einverstanden und der Ansicht, daß in ähnlichen Fällen ebenso verfahren werden muß. Zur Arbeitslosenfrage teilte Braun mit, daß wir prozentual unter den Gewerkschaften die mittlere Linie innehalten, die Lage unsrer Arbeitslosen aber trotzdem eine schwierige sei, der abzuhelfen alles mögliche versucht wird. Wir hatten zu Anfang des Jahres 1928 und in der letzten Woche 1659 Arbeitslose; die höchste Zahl war am 25. Oktober mit 1792, die niedrigste am 1. März mit 994. Anschließend gab Braun eine Aufstellung über die prozentuale Auswirkung in den einzelnen Sparten bekannt, woraus zu ersehen war, daß die Sparten der Maschinenerei und der Korrektoren mit 8½ Proz. am günstigsten abnehmen, während die Handseger mit 20 Proz. am schlechtesten dastehen. Er wandte sich dann weiter gegen die Vorwürfe der Opposition, daß seitens des Vorstandes nichts für die Arbeitslosen getan werde, dabei auf die verschiedenen Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung hinwies und auf die Einbeziehung der Buchdrucker in die Krisenfürsorge. Außerdem hat der Gau im letzten halben Jahr außer den regulären Unterstützungen nachweislich 42 814 M. aus der Gaultasse für die Arbeitslosen ausgegeben, und bittet um die Genehmigung der Versammlung, den Ausgesteuerten auch für Dezember wieder 25 M. Monatsunterstützung zuzahlen zu lassen und allen Arbeitslosen eine Weihnachtunterstützung, was weitere 35 000 M. ausmachen würde. Mit billigen Versprechungen, wie sie von gewisser Seite kommen, ist den Arbeitslosen nicht geholfen, auch nicht mit dem Antrag auf sofortige Einföhrung der 42-Stunden-Woche, der zur Zeit tariflich nicht durchführbar ist. Auch unsre Freunde von links können nur mit Wasser lachen, was der Verlauf des „revolutionären Gewerkschaftskongresses“ bewiesen hat. Wir sollten alle Kräfte zusammenfassen, denn die bevorstehenden Manteltarifverhandlungen können bei der Einstellung unsrer Prinzipale leicht zu Kompromissen führen; wobei dann allerdings Männer gebraucht werden und keine Marionetten. Kollege Braun schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Reißt nicht leichtlich und dadurch ein!“ Vor Eintritt in die Diskussion brachte Kollege Alfred Schulte eine Entschließung zur Beratung, die dem Vorstand des Vertrauens auspricht und hat um deren Annahme, dabei gleichzeitig vor unbedachten Schritten warnend. Für die Opposition sprach Kollege Walter Wolf, der sich gegen die Ausschüsse und die Schließung der Tribünen wandte. Den Verband verglich er mit den gelben Gewerkschaften, die ja auch langfristige Tarifverträge anstreben. Die Unterstützung der Arbeitslosen bezeichnete er als Sache des Staates und nicht der Gewerkschaften. Da die Ausführungen Wolffs unsachlich wurden, drohte Kollege Albrecht mit Bezeichnung der Versammlung. Kollege Freygang als nächster Redner machte Braun den Vorwurf, daß im letzten Jahr keine Betriebsräteversammlungen stattgefunden haben, und daß für den Kollegen Baum, der schon lange nicht mehr dem Beruf angehört, kein Ersatz gewählt sei. Pfeisch machte er für die Abfassung einer Klage verantwortlich, die wegen unrichtiger Angaben von Arbeitsgerichten abgewiesen wurde. Kollege Pfeisch stellte den Sachverhalt sofort richtig. Nachdem er und Braun die Klage zurückgewiesen haben, hätten sich die Kollegen an den Arbeitsekretär Zippel gewandt. Kollege Wieland wandte sich gegen den Ton von Freygang und Wolff, durch den die Atmosphäre vergiftet werde, wies auf die Unmöglichkeit hin, die Arbeitslosenunterstützung abzubauen, da dies zum Chaos führen würde, und ließ die Ausschüsse gut, da nur durch solche Mittel wieder ein sachgemäses Arbeiten in den Versammlungen ermöglicht werde. Heintzche Entscheidung kann dem Gausen nur dienlich sein. Nachdem betrat Kollege Otto Mahlo die Bretter, sich gleich selbst als das räubige Scha im Gauvorstand vorkleidend, da auch schon ein halbes Jahr in einer Fremnanstalt als Wärter tätig war, welches Eingekleidnis ihm einige drastische Jurufe aus der Versammlung eintrug. Über seine Einstellung zu den Aus-

schlüssen bezeichnete er sich als in guter Gesellschaft befindlich, habe doch Kollege Jopf in einer Maschinenereiverammlung den Ausdruck getan: „Ein Hundstot, der die Kollegen fallen läßt.“ Weiter kritisierte er die Tätigkeit des Gauvorstandes, der nichts für die Arbeitslosen tue, polemisierte gegen die Sonntagsarbeit, und wandte sich gegen den Gauvorstand an sich, der Beschlüsse ohne seine, Maßlos, Zustimmung lasse. In lebhaften Zurufen machte sich die Stimmung der Versammelten gegen die Ausführungen von Wolf und Mahlo Luft. Kollege Behold schiederte noch einmal die Vorgänge bei der Betriebsrätewahl in der Reichsdruckerei und empfahl dem Kollegen Mahlo, sich bei der Reichsdruckerei einstellen zu lassen, um dort einmal seine Vorschläge zur Durchführung zu bringen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde hierauf angenommen, worauf Kollege Braun das Schlußwort erhielt. Er wies hierbei dem Kollegen Freygang nach, daß schon vor mehreren Monaten Kollege Bierath als Nachfolger für den Kollegen Adam gewählt worden sei, und daß im Laufe des Jahres mehrere Betriebsräteversammlungen stattgefunden hätten. Dem Kollegen Mahlo wies er nach, daß Geldbewilligungen nicht erst auf das Drängen der Opposition, sondern bereits vorher durch den Vorstand beschlossen waren. Dem Kollegen Wolff empfahl er, doch mit der Einführung der 42-Stunden-Woche in den zahlreichen Pevag-Betrieben den Anfang zu machen. Ohne Widerspruch zu finden, stellte Kollege Braun noch fest, daß keiner der Oppositionstheoretiker auch nur einen einzigen praktischen Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht habe, ja nicht einmal ein Versuch dazu war zu verzeichnen. Die Entschließung Schulte wurde darauf gegen wenige Stimmen angenommen. Kollege Jopf wandte sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Kollegen Mahlo, der seinen Worten in der Maschinenereiverammlung einen ganz anderen Sinn untergelegt habe. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung beantragte Kollege Alfred Schulte die Wiederwahl der bisherigen Vorstände, denen die Versammlung ja soeben das Vertrauen ausgesprochen habe. Kollege Jraak schloß dagegen die Kollegen Walter Wolff und Otto Mahlo vor. Als Kassierer wurde dem Kollegen Schießler der Kollege Döring gegenübergestellt, während den Kollegen Büfels, Borz und Pfeisch die Kollegen Freygang, Krusemarck und Willi Schmidt (Scherl) entgegengestellt wurden. In der Woche vom 18. bis 21. Dezember wird die Vorstandswahl durch Urwahl erfolgen. Die Stimmteilauszahlung findet am 23. Dezember, von 3 Uhr nachmittags ab, statt. Die Revisionskommission für die Verbandskasse wurde bis auf Kollegen Siwert, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt. Neu tritt Kollege Nieper in die Revisionskommission ein. Die Revisionskommission des Gaus blieb unverändert, ebenso die Vergütungskommission. Bei den Bezirksleitern trat infolgedessen eine Änderung ein, als im 6. Bezirk an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Grünung Kollege Käfer tritt, und im 11. Bezirk (Nachtarbeiter) an Stelle des Kollegen Barth Kollege Georg Kruse. Dem ausgeschiedenen Kollegen Grünung sprach Braun für seine 17jährige treue Tätigkeit den Dank der Mitgliedschaft aus. Eine Neubewertung bei den Spartenvertretern machte sich bei den Rotationern notwendig, da Kollege Grock sein Amt nicht mehr verwalten kann; für ihn wurde Kollege Krue gewählt, während die Maschinenerei ihre Wahl erst in der kommenden Januarversammlung vornehmen, welchen Zustand Kollege Wieland für unhaltbar hielt. Die Büroangestellten wurden sämtlich befähigt. Die Entschädigungen für die Schriftführer und den Vorsitzenden des Schiedsamts wurden in der bisherigen Höhe wieder bewilligt. An Geldern wurden dann auf Vorschlag des Kollegen Schießler für den Bildungsverband zur Durchführung seiner Kurse 3000 M. und für jeden teilnehmenden Lehrling 2 M. bewilligt, als Weihnachtunterstützung für Arbeitslose bis zu 10 Beiträgen 10 M., mit mehr Beiträgen 15 M. Für die Invaliden und über 20 Wochen kranken Kollegen wurden ebenfalls je 10 M. bewilligt, ein Antrag auf Erhöhung der Sätze um je 5 M. wurde abgelehnt. Außerdem wurden zur Auffüllung des Notstandsfonds 3000 M. aus der Gaultasse überwiesen.

In eigener Sache. Trotz persönlicher Aufführung über den Sinn einer gelegentlichen Redaktionsbemerkung ging Kollege Mahlo auch in der letzten Generalversammlung des Berliner Gauvereins am 12. Dezember wieder mit der Behauptung freiben, vom „Korr.“ sei die Forderung der 42-Stunden-Woche als kommunistisches Hirngespinnst bezeichnet worden. Um dieser vom Kollegen Mahlo wider besseres Wissen immer von neuem aufgetragenen Behauptung den Boden zu entziehen, sei der Sachverhalt hier kurz dargestellt. In Nummer 30 vom 13. April d. J. polemisierten wir gegen die „Buchdruckerwoche“, die eine vom „Korr.“ in Nr. 28 gebrachte Notiz betreffend die Berliner Maschinenerei tendenziös ausgenutzt und dazu bemerkt hatte: „Damit meint der „Korrespondent“ offenbar auch das Gerücht, daß der Brandenburgerischen Maschinenereiverein angeblich den Plan verfolge, gegen alle tariflichen Abmachungen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 45 Stunden zu erwirken.“ Daran knüpfen wir die Bemerkung: „Nein, verehrte „Buchdruckerwoche“, an dieses kommunistische Hirngespinnst haben wir bei der Abfassung der Notiz wirklich nicht gedacht.“ Denn unsre Bemerkung war natürlich nicht gegen die Forderung selbst gerichtet, sondern einzig und allein gegen das der tariflichen Nachbarn und allen gewerkschaftlichen Erfahrungsstatistiken widersprechende Verlangen der Erzwörung der 45-Stunden-Woche über alle noch geltenden tariflichen Abmachungen hinweg.

Obwohl Kollege Mahlo von uns schon mehrfach in kollektiver Weise mündlich darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß die von ihm beliebte Auslegung den Tatsachen nicht entspricht, nahm er bisher keinerlei Anstoß daran, den wahren Sachverhalt zu verkünden, weshalb wir uns gezwungen sahen, hiermit öffentlich dagegen Stellung zu nehmen. Das Urteil über eine solche Handlungsweise sei der Gesamtmithliedschaft überlassen.

Die Schriftleitung.

Böhum. (Maschinenseher.) Zwei wichtige Ereignisse in unserm Vereinsleben gehören nun der Vergangenheit an. Am 16. November fand unser 7. A. M. I. I. n. a. b. e. n. d. R. a. t. t. der der Ehre unserer Silberjubiläre Hermann Tornquist, Max Schuster, Heinrich Thiesmeier (Böhum) und Heinrich Betsch (Keddinghausen) galt. Chorleiter, Dautenleder, Humoristika, Tanz und Besetzung sorgten dafür, daß der Abend in schönster Weise verlief. — Durch freundliche Unterstützung der Wertenthaler Sechsmaschinenfabrik war es möglich, am 1. Dezember im Evangelischen Vereinssaal zu Böhum den Film „Die Linotype-Sechsmaschine“ aufzuführen. Etwa 400 Berufsangehörige leisteten der Einladung Folge. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch Gelangsbearbeitungen des Vereins „Einheit-Gutenberg“ sowie guter Orchestermusik. Dem einleitenden Vortrag des Herrn W. N. y. i. e. l. vom Hause Wertenthaler sowie dem Film selbst wurde größte Aufmerksamkeit zuteil. Starker Beifall belohnte die Veranstalter für ihre Mühe.

Frankfurt a. M. (Drucker. — Bierst. j. a. h. r. s. e. e. r. i. c. h. i. g.) In der sehr gut besuchten Septemberversammlung wurde für das diesjährige Winterquartal je ein Zerstörer- und Apparatusus, die am 6. Oktober bei der hiesigen Firma Weidenstein ihren Anfang nahmen, besichtigt. Als Referent sprach Herr Steinberg von der Maschinenfabrik Georg Spieß (Leipzig) über „Die Stagnation des Druckgewerbes“. Er gab in seinem vorzüglichen Referat eine Reihe geistlicher Winte, wie dem gesamten Druckgewerbe wieder erfolgreich aufwärts geholfen werden könne. Die Schuld der unheilbaren Stagnation sei in den verwerrenden wirtschaftlichen wie politischen Verhältnissen sowie in den hohen Zölle die Deutschland bei der Ausfuhr zu entrichten habe, zu suchen. Anschließend ließ ein Film über Spießmaschinen, Galvanapparate, Tegel und Säuger, die in ihrer Einfachheit und verblüffenden Leistungen Anerkennung fanden. Starker Beifall wurde dem Vortragenden gespendet. — Am 27. September fand eine Besichtigung des Spießsaugers von der Firma Spieß (Leipzig) und der Zweitourneipresse „Ultra-Reford“ von Böhm & Herber bei der Firma Engler & Schloffer statt. — Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles in der Oktoberversammlung, wo einige Neuaufnahmen erfolgten, gab der Kassierer die Abrechnung vom 9. Deutschen Druckerkongress, der mit einem minimalen Defizit abschloß. Herr Paulsch von der hiesigen Gemischtwarenhandlung Kunstankalt Gust sprach über die moderne Klischeeherstellung. Die Bildaufnahmen, das Kopieren, Ähen bis zum Andruck wurden ausführlich geschildert, ferner die Böder für Strich, Zink, Kupfer und Messing. Berühmte geätzte und angeätzte Platten und Kopien zerkleinerter hierzu. In der Diskussion wurde auch das Elektrometall erwähnt. Das gute Resultat infolge seiner Härte ergebe, aber bei größeren Auflagen nicht so widerstandsfähig sei als Kupfer. Auch dieser Vortrag fand starken Beifall, dem sich am 25. Oktober die praktische Vorführung bei vorgenannter Firma anschloß, und hieran eine Besichtigung des „Spießriegels“ bei der Firma H. Grünbaum. — Auch der November stand im Zeichen der Besichtigungen, und zwar wurde uns am 1. November die Elsa-Kerrikal-Druckmaschinen bei der Firma Eng & Rudolph von dem Vertreter Herrn Seip vorgeführt. In der eigentlichen Vorführung gab der Vorführende die Bedingungen für die am Samstag stattfindende Exkursion zur Besichtigung der Frankenthaler Maschinenfabrik bekannt. Nach Begrüßung unres Kollegen Georg D. i. e. r. i. n. (Berlin) hielt dieser ein vorzügliches Referat mit Lichtbildern über das Thema „Müssen wir zurück?“ und bemerkte, daß die Zurückung wohl zu den zeitraubendsten Arbeiten des Druckers gehöre. Ausgehend von einer parallelen Form und ebenso plangeschliffenem Druckzylinder wurde an Hand der einzelnen Abbildungen klar bewiesen, daß durch die jeweilige Druckspannung ein Ausweichen des Druckes und der einzelnen Maschinenteile erfolge, dem der Drucker durch die Zurückung begegnen müsse, am meisten sei dies zu beobachten bei Maschinen mit angezählten Seitenteilen, und an dem schwächsten Teil der Verbindungsstange am oberen Zylinderlager, am wenigsten an den Verteilungsrippen. Aufgabe der Maschinenfabrik sollte es ferner sein, besonders gute Farbwerke zu konstruieren mit Hilfe schneller als die unteren Maschinen rotierender Gebälge, um auch den Farbmetzern des Druckers zu vermeiden. Zur neuen Zurückmetzerei sei zu sagen, daß diese trotz aller Verbesserungen noch nicht reif für Qualitätsarbeit sei, und bis jetzt noch keine Vertiefung der Zurückmetzerei bringe. Starker Beifall belohnte den Referenten. Eine ausgiebige Diskussion schloß sich an. Sämtlichen Firmen und Referenten, die uns in unsern Bestrebungen unterstützen, sei an dieser Stelle nochmals unser Dank ausgesprochen.

Hamburg. (Handseher.) In unserer Versammlung am 23. November in der „Heimstätte“ gab Vorsitzender C. o. h. n. eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen bekannt. Neue Mitgliedsbücher von der Zentralkommission kommen Mitte Dezember zur Ausgabe. Kollege B. a. r. t. h. gab den Kassierbericht, der zu Beantwortungen keinen Anlaß bot. Die Kasse weist einen Bestand von 1890,40 M. auf. Dann gab C. o. h. n. in kurzen Worten einen Bericht aus den Mitteilungen der Zentralkommission. Hierauf wurde die Kündigung des Manteltarifs besprochen. Um die Arbeitslosigkeit zu mildern, müsse unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Kollege H. a. u. wünschte, eine Wanderfahrt nach Schwerin in die Wege zu setzen. Der Vorstand versprach, dieses in Erwägung zu ziehen bei den Frühjahrsveranstaltungen. Kollege B. a. r. t. h. erklärte noch besonders das mangelnde Interesse der Hamburger Kollegen gegenüber der Handsehervereinsung. Er teilte mit, daß anlässlich der Erhöhung des Verbandsbeitrages einige Kollegen aus der Vereinsung austraten. Zum Schluß bat der Vorsitzende, eine regere Anipation zu betreiben, damit wir recht bald der Zentrale eine höhere Mitgliederzahl anzeigen könnten.

K. E. Hildeheim. (Handseher.) Nachdem Kollege F. i. e. d. l. e. r. (Berlin) in der Herbstbezirksversammlung des Bezirks Hildeheim in ausführlicher Weise über Zweck und Ziele der Handsehervereinsungen referiert hatte, regten sich die Hildeheimer Handseher und gründeten am 21. Oktober d. J. auch hier eine Vereinsung. Der Ein-

ladung des Ortsvereinsvorsitzenden Freutel waren die Handseher zahlreich gefolgt. Ein Begrüßungsschreiben der Braunschweiger Handseher wurde freudig entgegengenommen. Die Vorstandswahl wurde für die nächste Verammlung zurückgestellt, die am 4. November stattfand. Es wurden u. a. gewählt Kollege B. i. a. n. t. e. n. f. e. i. n. als Vorsitzender und Kollege S. t. e. i. n. w. e. d. e. als Kassierer. Eine kleine Grillungsfeier fand am 23. November im Kreise der Handseherkollegen statt, bei der ein kleines Wespervoraußging. Die hiesige Rankdosen- und Lautenvereinsung erreichte in dankenswerter Weise durch ein Doppelquartett. Nicht vergessen werden soll Heini „Clown“-Weger, der den humoristischer Teil glänzend erledigte. Den Ortsbrüder Handseher sei für ihr Begrüßungstelegramm herzlich gedankt. Wir bitten nun alle sämtigen Handseher, sich der Vereinsung anzuschließen, damit wir eine starke Gruppe werden.

Oderode (Ostpr.). Da unser Ortsverein durch das Erscheinen einer zweiten Zeitung fast um das Doppelte gelegen ist, war zu der Versammlung am 16. November der Gauvorsitzender K. e. i. s. n. e. r. erschienen, um einen Vortrag über „Gewerkschaften und unser Verband im besonderen“ zu halten. Die Kollegen, die fast reiflos erschienen waren, folgten den Ausführungen mit großem Interesse. Eine rege Aussprache schloß sich an. Nachdem Kollege Keiser in seinem Schlußwort noch interessante Ausführungen gegeben hatte, dankte Vorsitzender B. e. i. s. t. e. r. dem Referenten für seinen Vortrag. Zu den im Februar stattfindenden Tarifverhandlungen wurde Stellung genommen. Allgemein kam zum Ausdruck, daß Oderode infolge des starken Fremdenverkehrs eine ziemlich teure Stadt geworden ist. Der Lokalzuschlag mit 12 1/2 Proz. sei dabei zu niedrig. Der Vorstand wurde beauftragt, Material zu sammeln und dem Gauvorsitzender anheimzugeben, für Oderode einen höheren Lokalzuschlag zu vertreten.

Straubing. In unserer Donaufahrt fand am 24. November die Herbstbezirksversammlung statt, die zugleich als Jubiläumssammlung anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Bezirks Straubing galt. Anwesend waren Kollegen von den Druckern Straubing (19), Deggendorf (10), Landau (6), Pfaffling (1). Vom Bildungsverband war Kreisvorsitzender Müd. (München) anwesend. Bezirksvorsitzender S. t. r. a. u. b. i. n. g. (Straubing) erstattete den Jahresbericht und gab einen Rückblick auf die Tätigkeit des Bezirks während seines zehnjährigen Bestehens. Kollege S. a. l. e. n. o. p. f. (Deggendorf) dankte dem Vorliegenden für sein zehnjähriges erprobtes Wirken innerhalb des Bezirks. Kollege M. ü. d. übermittelte die Glückwünsche des Bildungsverbandes. Der vom Kollegen B. r. e. u. (Straubing) erstattete Kassienbericht wurde ohne Erinnerung befunden. Der Bezirksbeitrag wurde von 5 auf 10 Pf. erhöht. Als Vorliegender wurde wiederum der seitherige bewährte Vorliegende Kollege S. t. r. a. u. b. i. n. g. wiedergebzwählt; bei den übrigen Vorstandsposten gab es keine Veränderung. Nach Festsetzung des Jahreszuschusses wurde als nächster Tagungsort Deggendorf bestimmt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erstattete Kreisvorsitzender Müd. ein tiefgeführendes Referat über die neuen technischen Zeitfragen an der Hand von Druckmustern und ermunterte die Kollegen, sich technisch fortzubilden, damit jeder den Anforderungen der Zeit genügen kann. Besonders warm empfahl der Referent, sich unserer Tagungsbuchdrucker anzuschließen, damit diese zu tüchtigen Gehilfen herangebildet werden. Kollege Müd. erstete für seine schreibenden Ausführungen lebhaften Beifall. Es wurde der Wunsch laut, uns bald wieder mit einem Vortrag zu beehren.

Allgemeine Rundschau

Beendigung der Tarifbewegung in Luxemburg. Wie in Nr. 99 des „Korr.“ berichtet, ist es am 9. Dezember infolge Nichtanerkennung tariflich vereinbarter Lohnhöherungen durch eine Prinzipalsversammlung zum offenen Konflikt im luxemburgischen Buchdruckgewerbe gekommen. Annähernd 200 Kollegen (von 235 Verbandsmitgliedern) traten am 9. Dezember in den Zustand. Durch Einschaltung der Technischen Rothilfe, bei der sich hauptsächlich die kleinen Prinzipale hervortraten, wurde versucht, wenigstens die großen Zeitungen erscheinen zu lassen. Wie uns nunmehr vom Internationalen Buchdruckerssekretariat mitgeteilt wurde, ist die Bewegung nur von sehr kurzer Dauer gewesen, denn sie ging bereits am Dienstagabend (10. Dezember) zu Ende. Von seiten des Prinzipalsverbandes wurden nämlich alsbald Schritte bei der Leitung der Gehilfenorganisation unternommen, um eine Zwischenlösung zu finden. Die Forderungen der Gehilfen-Schaft wurden reiflos bewilligt. Näheres über den Verlauf der Tarifbewegung wird demnächst unter der Auslandsrubrik mitgeteilt werden.

Nachdemwertes Beispiel. Einem seit etwa 15 Jahren bei der Firma Reckverein G. m. b. H. in Freiburg l. R. beschäftigten Kollegen wurde anlässlich der Feier seines 70. Geburtstages von der Direktion ein namhafter Geldbetrag überreicht.

Meisterprüfung. Vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer zu Arnberg bestand Kollege G. e. r. a. r. d. S. t. e. f. f. e. r. s. aus Ostirup, zur Zeit Sterlohn, die Meister-

Ergebnis des vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker ausgeschriebenen Geschäftsdruckmaschinen-Wettbewerbes. Am 1. Dezember 1929 schloß der im Oktober erhobene, „Typographischen Mitteilungen“ ausgeschriebene Wettbewerb für Geschäftsdruckmaschinen im Normformat ab. Es gingen 168 Entwürfe ein. Diese 168 Entwürfe geben ebenfalls ein glänzendes Zeugnis von dem Reinen und Berufswillen der Mitglieder des Bildungsverbandes als auch dem Fleiß der Einsender; denn jeder Einsender mußte je einen Entwurf für einen Briefbogen, eine Rechnung, einen Briefumschlag, eine Postkarte und eine Geschäfts-

karte, also zusammen fünf Entwürfe, auffertigen; das ergibt die Summe von 840 Arbeiten. Das Wettbewerbsergebnis soll nach der in Kürze zu erfolgenden Bewertung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ausprägung in einer christlichen Druckerei. Die Druckerei des „Westfälischen Volksblatts“, K. G. in Paderborn, sperte ihre Zeitungspander aus, weil sie sich weigerten, auf ihre Entlohnung nach dem Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal zu verzichten. Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, bemerkt dazu: „Es ist bezeichnend, festzustellen, daß ausgerechnet eine christliche Firma den Mut aufbringt, einen eingegangenen Vertrag mit Gewalt zu brechen, und christlich organisierte Arbeiter vor dem Best des Friedens auf die Straße weist, weil sie sich weigern, einem vollkommen unberechtigten Lohnabbau und Vertragsbruch zugulichen.“

Zur Frage der entlohnungspflichtigen Berufsarbeit. Zu den entlohnungspflichtigen Berufsarbeitern gehören bekanntlich auch die Erntearbeiter durch Heil oder seine Verbindungen. Die zweite Bestimmung über Ausbezahlung der Unfallversicherung auf Berufsarbeitern vom 11. Februar 1929 brachte eine Erweiterung der im Katalog aufgeführten Berufsarten vom 11 auf 22. Im „Korr.“ Nr. 69 ist bereits ausführlich über die Bestimmung in Verbindung mit dem dritten Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 berichtet worden. Notwendig ist es jedoch, noch einmal besonders auf eine wichtige Übergangsbestimmung hinzuweisen, die die Rückwirkung von Ansprüchen betrifft. Nach der Bestimmung vom 12. Mai 1926 hatten Versicherte Anspruch auf Entlohnung einer Berufsart, wenn ihr Leben erst nach dem 1. Juli 1925 aufgetreten war. Die Entlohnung kam nur in Betracht, wenn die Krankheit nach dem Inkrafttreten der Verordnung entstanden oder durch eine Beschäftigung in den sechs Monaten vor ihrem Inkrafttreten wesentlich verursacht war. Das führte zu Härten bei Krankheiten, die erst im Laufe einer längeren Reihe von Jahren zu entstehen pflegen (z. B. Gasmascherstar, Antilinder, Meinerie). Die neue Bestimmung versucht diese Härten zu beseitigen, indem sie bestimmt, daß eine Entlohnung zu gewähren ist, wenn die Krankheit wesentlich durch berufliche Beschäftigung nach dem 31. Januar 1919 in einem der im Katalog benannten Betriebe verursacht ist. Dieser Anspruch ist nach § 12 Absatz 2 der Verordnung bei Vermeidung des Ausschusses spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Verordnung bei dem Versicherer geltend zu machen, dem der Betrieb, dem die schädigende Einwirkung zugeföhren wird, angehört. Die Frist wird auch gewährt, wenn der Anspruch rechtzeitig bei einem andern Träger der Unfallversicherung, bei einem Versichereramt oder bei dem Reichsversicherungsamt angemeldet wird. Der § 1647 der Reichsversicherung gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß die Frist zur nachträglichen Anmeldung ein Jahr beträgt. Die Entlohnung wird spätestens vom Inkrafttreten dieser Verordnung an gewährt. Da die Verordnung vom 11. Februar 1929 mit Wirkung vom 1. Januar 1929 in Kraft getreten ist, müssen bis spätestens 31. December dieses Jahres Ansprüche für Rückwirkungsfälle erhoben werden. Für diese Rückwirkungsfälle kann im Streitfalle binnen einem Monat nach Zustellung des abschließenden Beschlusses des Reichsversicherungsamtes der Senat für Berufsarbeitern beim Reichsversicherungsamt angersuchen werden. Zu den oben geschilderten Rückwirkungsfällen hat der Reichsparbetsminister in einem umfangreichen Rundschreiben vom 21. November 1929 an die Landesregierungen noch besonders Stellung genommen.

Sozialversicherung und Privatversicherung. Durch die Sozialversicherung ist in den breiten Massen des deutschen Volkes der Versicherungsgedanke überhaupt gefördert worden; sie hat durch Verbreitung und Vertiefung des Versicherungsgedankens der von den Versicherungsunternehmen betriebenen Volkversicherung die Wege geebnet; denn Ausdehnung der Sozialversicherung und gewaltiges Steigen der Volkversicherung fallen in der Vorkriegszeit zeitlich zusammen. Je mehr Bevölkerungsteile die Sozialversicherung erfaßte, um so stärker breitete sich auch die Volkversicherung aus; zählten wir doch schon vor dem Kriege in Deutschland mehr als 12 Millionen Versicherungspolice. Es wird nicht mehr lange dauern und die Volkversicherung hat diesen Stand wieder erreicht. Den größten Anteil am Volkversicherungsgeldstück unter den Volksschaften in Deutschland hat die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Sie hat zur Zeit einen Bestand von 1 860 000 Versicherungen mit 760 Mill. M. Versicherungssumme. Die freien Gewerkschaften, die um eine bessere Ausgestaltung der Sozialversicherung kämpfen, fordern mit dem ganzen Einfluß ihrer Macht und ihres Ansehens auch die von der Volksfürsorge betriebene private Versicherung. Das ist kein Widerspruch, sondern geschieht im wohlverstandenen Interesse der werttätigen Bevölkerung. Die Gewerkschaften werden darin von den Genossenschaften und den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung unterstützt.

Statistischer Anflug. Unter dieser Stichmarke wurde in der letzten Nummer der „Bundesmitteilungen für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gegen einen Fragebogen der „Gesellschaft für Sozialforschung“ (Frankfurt a. M.) Stellung genommen, der zwecks statistischer Feststellungen über die Lage der werttätigen Bevölkerung in Deutschland nicht weniger als 270 Hauptfragen und einige 50 Unterfragen enthielt. Zu einem guten Viertel dieser Fragen wird eine begründete Antwort gefordert, die ordnungsgemäß gegeben, bestimmt einen umfangreichen Druckband füllen würde. Die Fragestellung erstreckt sich zudem auf das geistliche Innenleben des Befragten und nutzt in Verbindung mit andern nur kontinlich zu nehmenden Fragen (z. B. „Gefühl haben die Frauenmode — der Kubistopf“ „Kleider Beruf Ihrer Schwiegermutter?“) höchst sonderbar an. Solche Feststellungen als statistischen Anflug zu bezeichnen, ist sicher die gelindeste Kennzeichnung. Mit Recht wehrt sich der

FDGB, dagegen, daß die „Gesellschaft für Sozialforschung“ die Möglichkeit erhält, über die größeren Ortsausstellungen und über die Betriebsstätte größerer Industriebetriebe solche Fragen an die Arbeiterschaft zur Ausgabe zu bringen. Es wäre schade um die Zeit, die gewissenhafte Arbeiter mit dem Versuch, einen beratigen Fragebogen auszufüllen, unnötig opfern würden.

Weiter zunehmende Arbeitslosigkeit. Wie amilisch mitgeteilt wird, ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der zweiten Novemberhälfte um rund 165 000 oder 18 Proz. gestiegen. Sie beläuft sich nunmehr auf 1,2 Millionen Personen, darunter rund 900 000 Männer und 240 000 Frauen. In der Krisenunterstützung befinden sich am 30. November 187 000 Personen, also 8000 mehr als in der Mitte des gleichen Monats. Das Tempo der Zunahme der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. In der zweiten Novemberhälfte betrug im Vorjahr die Steigerung über 200 000, dieses Jahr 185 000.

Ein Filmlegion. Dr. Carl von der Berliner Institut für Kulturforschung hat in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für Leihfilmwesen in Rom ein Filmlegion zusammengestellt, in dem alle gebräuchlichen Filmsprachen Aufnahme gefunden haben. Durch das Internationale Kulturinstitut wird dieses Legion in die wichtigsten Kultursprachen überführt werden und so eine bedeutende grundlegende Arbeit für die geplante Zusammenfassung aller Filmlegionen darstellen.

Auswanderung nach Amerika betreffend. In dem Jahresbericht des amerikanischen Arbeitsministers wird die bemerkenswerte Tatsache festgestellt, daß alljährlich auf 100 Einwanderer 25 ausländische Staatsangehörige entlassen, die Amerika wieder verlassen. Während der letzten 22 Jahre sind dem Bericht zufolge etwa 12 Millionen Ausländer eingewandert und fast 4 Millionen Ausländer ausgewandert. Der Bericht zeigt eine Abänderung der Bestimmung vor, wonach Ausgewanderte nie wieder einwandern können. Unter Befehlhaltung der gegenwärtigen Höchstgrenze von 150 000 Einwanderern jährlich soll die Auswahl unter dem Gesichtspunkt getroffen werden, welche Leute in Amerika besonders erwünscht sind. Alle Industriezweige sollen das Recht erhalten, diejenigen, die für die Entwicklung der amerikanischen Industrie besonders wertvoll sind, für eine bevorzugte Einwanderung vorzuschlagen. Ferner sollen auch die Einwohner des amerikanischen Kontinents, die bisher nach Maßgabe der allgemeinen Visa-

bedingungen in unbegrenzter Zahl einwandern dürfen, künftig einer Einwanderungsquote unterliegen, wenn diese auf gegenüber den Quoten für die europäischen und die anderen Nationen milder sein soll; es soll so bet. Gefahr begegnet werden, daß die ausländischen Arbeiter den amerikanischen Arbeitsmarkt zu sehr belasten.

verschiedene Eingänge

Werkstatt der Kunstgewerbe- und Handwerkerkassen der Provinz, Anzeiger Nr. 2, 1. Teil 1. Eine Zeichnung, die der Zweck verfolgt, die Schulle in einen engeren und reineren Verkehr mit der Außenwelt zu bringen. Darüber hinaus soll sie ein Beweiser sein, die jungen strebenden Menschen zu praktischen Werksarbeit reif zu machen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und sie zu künftigen, auf durchgebildeten Spezialisten herauszubilden, die sich in ihrem Beruf und im Kampf des Lebens an bewährten Beweisen.

Die große Freude. Tiergesellschaften von Curt Malin, Illustriert von Erich Ilisch, Preis 2 M. Arbeiterbuchverlag, Berlin SW 61, Weste-Alliance-Platz 8.

Verdröberinnen. Ausgewählte Dichtungen von Ernst Joller. Herausgegeben von Curt Malin, Preis 2 M. Arbeiterbuchverlag, Berlin SW 61, Weste-Alliance-Platz 8.

Festtagsbuch. Jahrestagender 1930. Herausgegeben von Arbeitsbund der Festtagshilfskräfte, Kriegsbeschädigten und Kriegsghettopflichtigen, Berlin O 2. In der Berliner Straße 6. 100 Seiten Umfang. In sehr handlichem Format gehalten, bringt der Kalender vielerlei Wissenswertes für alle deutschen Festtagsfreunde. Preis 6 Pf. (einschl. d. Porto). Nur vom Verlag zu beziehen.

Briefkasten

B. K. in E. Aufnahme kann nicht geneigt werden, weil öffentliche Verträge in gewöhnlicher Sprache an vielen Orten in letzter Zeit erhebliche Veränderungen erfahren wurde. Die öffentlichen Verträge für Metallarbeit der früheren Jahre liegen vor; gleichzeitig aber auch die Nachweise, daß veraltete Verträge Aufhebung möglich ist, weshalb sie nach persönlicher Auffassung der Sache an maßgebender Stelle bei den einzelnen Ämtern entweder Aufhebung oder Neuverhandlung erfolgen können. — W. in S. : Wenn möglich noch vor dem Neujahrstag, im üblichen Einverständnis. — Z. in G. : Das ist leider nicht möglich; denn doppelte Unterfertigung kann vom Verband nach seinen Statuten nicht gestattet werden. Ablehnung der Krisenunterstützung muß doch ihre besondere Begründung haben. Verb. Ostpr. — J. in G. : Einmalig hat infolge strengen Widerstands an den tatsächlichen Verhältnissen nicht zum Abbruch. — E. G. in B. : Inf. 790: 5,70 M., 791: 0 M., 792: 0 M., 793: 4,65 M., 794: 4,65 M., 795: 0 M., 796: 0 M., 797: 0 M., 798: 0 M., 799: 0 M., 800: 0 M., 801: 0 M., 802: 0 M., 803: 0 M., 804: 0 M., 805: 0 M., 806: 0 M., 807: 0 M., 808: 0 M., 809: 0 M., 810: 0 M., 811: 0 M., 812: 0 M., 813: 0 M., 814: 0 M., 815: 0 M., 816: 0 M., 817: 0 M., 818: 0 M., 819: 0 M., 820: 0 M., 821: 0 M., 822: 0 M., 823: 0 M., 824: 0 M., 825: 0 M., 826: 0 M., 827: 0 M., 828: 0 M., 829: 0 M., 830: 0 M., 831: 0 M., 832: 0 M., 833: 0 M., 834: 0 M., 835: 0 M., 836: 0 M., 837: 0 M., 838: 0 M., 839: 0 M., 840: 0 M., 841: 0 M., 842: 0 M., 843: 0 M., 844: 0 M., 845: 0 M., 846: 0 M., 847: 0 M., 848: 0 M., 849: 0 M., 850: 0 M., 851: 0 M., 852: 0 M., 853: 0 M., 854: 0 M., 855: 0 M., 856: 0 M., 857: 0 M., 858: 0 M., 859: 0 M., 860: 0 M., 861: 0 M., 862: 0 M., 863: 0 M., 864: 0 M., 865: 0 M., 866: 0 M., 867: 0 M., 868: 0 M., 869: 0 M., 870: 0 M., 871: 0 M., 872: 0 M., 873: 0 M., 874: 0 M., 875: 0 M., 876: 0 M., 877: 0 M., 878: 0 M., 879: 0 M., 880: 0 M., 881: 0 M., 882: 0 M., 883: 0 M., 884: 0 M., 885: 0 M., 886: 0 M., 887: 0 M., 888: 0 M., 889: 0 M., 890: 0 M., 891: 0 M., 892: 0 M., 893: 0 M., 894: 0 M., 895: 0 M., 896: 0 M., 897: 0 M., 898: 0 M., 899: 0 M., 900: 0 M., 901: 0 M., 902: 0 M., 903: 0 M., 904: 0 M., 905: 0 M., 906: 0 M., 907: 0 M., 908: 0 M., 909: 0 M., 910: 0 M., 911: 0 M., 912: 0 M., 913: 0 M., 914: 0 M., 915: 0 M., 916: 0 M., 917: 0 M., 918: 0 M., 919: 0 M., 920: 0 M., 921: 0 M., 922: 0 M., 923: 0 M., 924: 0 M., 925: 0 M., 926: 0 M., 927: 0 M., 928: 0 M., 929: 0 M., 930: 0 M., 931: 0 M., 932: 0 M., 933: 0 M., 934: 0 M., 935: 0 M., 936: 0 M., 937: 0 M., 938: 0 M., 939: 0 M., 940: 0 M., 941: 0 M., 942: 0 M., 943: 0 M., 944: 0 M., 945: 0 M., 946: 0 M., 947: 0 M., 948: 0 M., 949: 0 M., 950: 0 M., 951: 0 M., 952: 0 M., 953: 0 M., 954: 0 M., 955: 0 M., 956: 0 M., 957: 0 M., 958: 0 M., 959: 0 M., 960: 0 M., 961: 0 M., 962: 0 M., 963: 0 M., 964: 0 M., 965: 0 M., 966: 0 M., 967: 0 M., 968: 0 M., 969: 0 M., 970: 0 M., 971: 0 M., 972: 0 M., 973: 0 M., 974: 0 M., 975: 0 M., 976: 0 M., 977: 0 M., 978: 0 M., 979: 0 M., 980: 0 M., 981: 0 M., 982: 0 M., 983: 0 M., 984: 0 M., 985: 0 M., 986: 0 M., 987: 0 M., 988: 0 M., 989: 0 M., 990: 0 M., 991: 0 M., 992: 0 M., 993: 0 M., 994: 0 M., 995: 0 M., 996: 0 M., 997: 0 M., 998: 0 M., 999: 0 M., 1000: 0 M., 1001: 0 M., 1002: 0 M., 1003: 0 M., 1004: 0 M., 1005: 0 M., 1006: 0 M., 1007: 0 M., 1008: 0 M., 1009: 0 M., 1010: 0 M., 1011: 0 M., 1012: 0 M., 1013: 0 M., 1014: 0 M., 1015: 0 M., 1016: 0 M., 1017: 0 M., 1018: 0 M., 1019: 0 M., 1020: 0 M., 1021: 0 M., 1022: 0 M., 1023: 0 M., 1024: 0 M., 1025: 0 M., 1026: 0 M., 1027: 0 M., 1028: 0 M., 1029: 0 M., 1030: 0 M., 1031: 0 M., 1032: 0 M., 1033: 0 M., 1034: 0 M., 1035: 0 M., 1036: 0 M., 1037: 0 M., 1038: 0 M., 1039: 0 M., 1040: 0 M., 1041: 0 M., 1042: 0 M., 1043: 0 M., 1044: 0 M., 1045: 0 M., 1046: 0 M., 1047: 0 M., 1048: 0 M., 1049: 0 M., 1050: 0 M., 1051: 0 M., 1052: 0 M., 1053: 0 M., 1054: 0 M., 1055: 0 M., 1056: 0 M., 1057: 0 M., 1058: 0 M., 1059: 0 M., 1060: 0 M., 1061: 0 M., 1062: 0 M., 1063: 0 M., 1064: 0 M., 1065: 0 M., 1066: 0 M., 1067: 0 M., 1068: 0 M., 1069: 0 M., 1070: 0 M., 1071: 0 M., 1072: 0 M., 1073: 0 M., 1074: 0 M., 1075: 0 M., 1076: 0 M., 1077: 0 M., 1078: 0 M., 1079: 0 M., 1080: 0 M., 1081: 0 M., 1082: 0 M., 1083: 0 M., 1084: 0 M., 1085: 0 M., 1086: 0 M., 1087: 0 M., 1088: 0 M., 1089: 0 M., 1090: 0 M., 1091: 0 M., 1092: 0 M., 1093: 0 M., 1094: 0 M., 1095: 0 M., 1096: 0 M., 1097: 0 M., 1098: 0 M., 1099: 0 M., 1100: 0 M., 1101: 0 M., 1102: 0 M., 1103: 0 M., 1104: 0 M., 1105: 0 M., 1106: 0 M., 1107: 0 M., 1108: 0 M., 1109: 0 M., 1110: 0 M., 1111: 0 M., 1112: 0 M., 1113: 0 M., 1114: 0 M., 1115: 0 M., 1116: 0 M., 1117: 0 M., 1118: 0 M., 1119: 0 M., 1120: 0 M., 1121: 0 M., 1122: 0 M., 1123: 0 M., 1124: 0 M., 1125: 0 M., 1126: 0 M., 1127: 0 M., 1128: 0 M., 1129: 0 M., 1130: 0 M., 1131: 0 M., 1132: 0 M., 1133: 0 M., 1134: 0 M., 1135: 0 M., 1136: 0 M., 1137: 0 M., 1138: 0 M., 1139: 0 M., 1140: 0 M., 1141: 0 M., 1142: 0 M., 1143: 0 M., 1144: 0 M., 1145: 0 M., 1146: 0 M., 1147: 0 M., 1148: 0 M., 1149: 0 M., 1150: 0 M., 1151: 0 M., 1152: 0 M., 1153: 0 M., 1154: 0 M., 1155: 0 M., 1156: 0 M., 1157: 0 M., 1158: 0 M., 1159: 0 M., 1160: 0 M., 1161: 0 M., 1162: 0 M., 1163: 0 M., 1164: 0 M., 1165: 0 M., 1166: 0 M., 1167: 0 M., 1168: 0 M., 1169: 0 M., 1170: 0 M., 1171: 0 M., 1172: 0 M., 1173: 0 M., 1174: 0 M., 1175: 0 M., 1176: 0 M., 1177: 0 M., 1178: 0 M., 1179: 0 M., 1180: 0 M., 1181: 0 M., 1182: 0 M., 1183: 0 M., 1184: 0 M., 1185: 0 M., 1186: 0 M., 1187: 0 M., 1188: 0 M., 1189: 0 M., 1190: 0 M., 1191: 0 M., 1192: 0 M., 1193: 0 M., 1194: 0 M., 1195: 0 M., 1196: 0 M., 1197: 0 M., 1198: 0 M., 1199: 0 M., 1200: 0 M., 1201: 0 M., 1202: 0 M., 1203: 0 M., 1204: 0 M., 1205: 0 M., 1206: 0 M., 1207: 0 M., 1208: 0 M., 1209: 0 M., 1210: 0 M., 1211: 0 M., 1212: 0 M., 1213: 0 M., 1214: 0 M., 1215: 0 M., 1216: 0 M., 1217: 0 M., 1218: 0 M., 1219: 0 M., 1220: 0 M., 1221: 0 M., 1222: 0 M., 1223: 0 M., 1224: 0 M., 1225: 0 M., 1226: 0 M., 1227: 0 M., 1228: 0 M., 1229: 0 M., 1230: 0 M., 1231: 0 M., 1232: 0 M., 1233: 0 M., 1234: 0 M., 1235: 0 M., 1236: 0 M., 1237: 0 M., 1238: 0 M., 1239: 0 M., 1240: 0 M., 1241: 0 M., 1242: 0 M., 1243: 0 M., 1244: 0 M., 1245: 0 M., 1246: 0 M., 1247: 0 M., 1248: 0 M., 1249: 0 M., 1250: 0 M., 1251: 0 M., 1252: 0 M., 1253: 0 M., 1254: 0 M., 1255: 0 M., 1256: 0 M., 1257: 0 M., 1258: 0 M., 1259: 0 M., 1260: 0 M., 1261: 0 M., 1262: 0 M., 1263: 0 M., 1264: 0 M., 1265: 0 M., 1266: 0 M., 1267: 0 M., 1268: 0 M., 1269: 0 M., 1270: 0 M., 1271: 0 M., 1272: 0 M., 1273: 0 M., 1274: 0 M., 1275: 0 M., 1276: 0 M., 1277: 0 M., 1278: 0 M., 1279: 0 M., 1280: 0 M., 1281: 0 M., 1282: 0 M., 1283: 0 M., 1284: 0 M., 1285: 0 M., 1286: 0 M., 1287: 0 M., 1288: 0 M., 1289: 0 M., 1290: 0 M., 1291: 0 M., 1292: 0 M., 1293: 0 M., 1294: 0 M., 1295: 0 M., 1296: 0 M., 1297: 0 M., 1298: 0 M., 1299: 0 M., 1300: 0 M., 1301: 0 M., 1302: 0 M., 1303: 0 M., 1304: 0 M., 1305: 0 M., 1306: 0 M., 1307: 0 M., 1308: 0 M., 1309: 0 M., 1310: 0 M., 1311: 0 M., 1312: 0 M., 1313: 0 M., 1314: 0 M., 1315: 0 M., 1316: 0 M., 1317: 0 M., 1318: 0 M., 1319: 0 M., 1320: 0 M., 1321: 0 M., 1322: 0 M., 1323: 0 M., 1324: 0 M., 1325: 0 M., 1326: 0 M., 1327: 0 M., 1328: 0 M., 1329: 0 M., 1330: 0 M., 1331: 0 M., 1332: 0 M., 1333: 0 M., 1334: 0 M., 1335: 0 M., 1336: 0 M., 1337: 0 M., 1338: 0 M., 1339: 0 M., 1340: 0 M., 1341: 0 M., 1342: 0 M., 1343: 0 M., 1344: 0 M., 1345: 0 M., 1346: 0 M., 1347: 0 M., 1348: 0 M., 1349: 0 M., 1350: 0 M., 1351: 0 M., 1352: 0 M., 1353: 0 M., 1354: 0 M., 1355: 0 M., 1356: 0 M., 1357: 0 M., 1358: 0 M., 1359: 0 M., 1360: 0 M., 1361: 0 M., 1362: 0 M., 1363: 0 M., 1364: 0 M., 1365: 0 M., 1366: 0 M., 1367: 0 M., 1368: 0 M., 1369: 0 M., 1370: 0 M., 1371: 0 M., 1372: 0 M., 1373: 0 M., 1374: 0 M., 1375: 0 M., 1376: 0 M., 1377: 0 M., 1378: 0 M., 1379: 0 M., 1380: 0 M., 1381: 0 M., 1382: 0 M., 1383: 0 M., 1384: 0 M., 1385: 0 M., 1386: 0 M., 1387: 0 M., 1388: 0 M., 1389: 0 M., 1390: 0 M., 1391: 0 M., 1392: 0 M., 1393: 0 M., 1394: 0 M., 1395: 0 M., 1396: 0 M., 1397: 0 M., 1398: 0 M., 1399: 0 M., 1400: 0 M., 1401: 0 M., 1402: 0 M., 1403: 0 M., 1404: 0 M., 1405: 0 M., 1406: 0 M., 1407: 0 M., 1408: 0 M., 1409: 0 M., 1410: 0 M., 1411: 0 M., 1412: 0 M., 1413: 0 M., 1414: 0 M., 1415: 0 M., 1416: 0 M., 1417: 0 M., 1418: 0 M., 1419: 0 M., 1420: 0 M., 1421: 0 M., 1422: 0 M., 1423: 0 M., 1424: 0 M., 1425: 0 M., 1426: 0 M., 1427: 0 M., 1428: 0 M., 1429: 0 M., 1430: 0 M., 1431: 0 M., 1432: 0 M., 1433: 0 M., 1434: 0 M., 1435: 0 M., 1436: 0 M., 1437: 0 M., 1438: 0 M., 1439: 0 M., 1440: 0 M., 1441: 0 M., 1442: 0 M., 1443: 0 M., 1444: 0 M., 1445: 0 M., 1446: 0 M., 1447: 0 M., 1448: 0 M., 1449: 0 M., 1450: 0 M., 1451: 0 M., 1452: 0 M., 1453: 0 M., 1454: 0 M., 1455: 0 M., 1456: 0 M., 1457: 0 M., 1458: 0 M., 1459: 0 M., 1460: 0 M., 1461: 0 M., 1462: 0 M., 1463: 0 M., 1464: 0 M., 1465: 0 M., 1466: 0 M., 1467: 0 M., 1468: 0 M., 1469: 0 M., 1470: 0 M., 1471: 0 M., 1472: 0 M., 1473: 0 M., 1474: 0 M., 1475: 0 M., 1476: 0 M., 1477: 0 M., 1478: 0 M., 1479: 0 M., 1480: 0 M., 1481: 0 M., 1482: 0 M., 1483: 0 M., 1484: 0 M., 1485: 0 M., 1486: 0 M., 1487: 0 M., 1488: 0 M., 1489: 0 M., 1490: 0 M., 1491: 0 M., 1492: 0 M., 1493: 0 M., 1494: 0 M., 1495: 0 M., 1496: 0 M., 1497: 0 M., 1498: 0 M., 1499: 0 M., 1500: 0 M., 1501: 0 M., 1502: 0 M., 1503: 0 M., 1504: 0 M., 1505: 0 M., 1506: 0 M., 1507: 0 M., 1508: 0 M., 1509: 0 M., 1510: 0 M., 1511: 0 M., 1512: 0 M., 1513: 0 M., 1514: 0 M., 1515: 0 M., 1516: 0 M., 1517: 0 M., 1518: 0 M., 1519: 0 M., 1520: 0 M., 1521: 0 M., 1522: 0 M., 1523: 0 M., 1524: 0 M., 1525: 0 M., 1526: 0 M., 1527: 0 M., 1528: 0 M., 1529: 0 M., 1530: 0 M., 1531: 0 M., 1532: 0 M., 1533: 0 M., 1534: 0 M., 1535: 0 M., 1536: 0 M., 1537: 0 M., 1538: 0 M., 1539: 0 M., 1540: 0 M., 1541: 0 M., 1542: 0 M., 1543: 0 M., 1544: 0 M., 1545: 0 M., 1546: 0 M., 1547: 0 M., 1548: 0 M., 1549: 0 M., 1550: 0 M., 1551: 0 M., 1552: 0 M., 1553: 0 M., 1554: 0 M., 1555: 0 M., 1556: 0 M., 1557: 0 M., 1558: 0 M., 1559: 0 M., 1560: 0 M., 1561: 0 M., 1562: 0 M., 1563: 0 M., 1564: 0 M., 1565: 0 M., 1566: 0 M., 1567: 0 M., 1568: 0 M., 1569: 0 M., 1570: 0 M., 1571: 0 M., 1572: 0 M., 1573: 0 M., 1574: 0 M., 1575: 0 M., 1576: 0 M., 1577: 0 M., 1578: 0 M., 1579: 0 M., 1580: 0 M., 1581: 0 M., 1582: 0 M., 1583: 0 M., 1584: 0 M., 1585: 0 M., 1586: 0 M., 1587: 0 M., 1588: 0 M., 1589: 0 M., 1590: 0 M., 1591: 0 M., 1592: 0 M., 1593: 0 M., 1594: 0 M., 1595: 0 M., 1596: 0 M., 1597: 0 M., 1598: 0 M., 1599: 0 M., 1600: 0 M., 1601: 0 M., 1602: 0 M., 1603: 0 M., 1604: 0 M., 1605: 0 M., 1606: 0 M., 1607: 0 M., 1608: 0 M., 1609: 0 M., 1610: 0 M., 1611: 0 M., 1612: 0 M., 1613: 0 M., 1614: 0 M., 1615: 0 M., 1616: 0 M., 1617: 0 M., 1618: 0 M., 1619: 0 M., 1620: 0 M., 1621: 0 M., 1622: 0 M., 1623: 0 M., 1624: 0 M., 1625: 0 M., 1626: 0 M., 1627: 0 M., 1628: 0 M., 1629: 0 M., 1630: 0 M., 1631: 0 M., 1632: 0 M., 1633: 0 M., 1634: 0 M., 1635: 0 M., 1636: 0 M., 1637: 0 M., 1638: 0 M., 1639: 0 M., 1640: 0 M., 1641: 0 M., 1642: 0 M., 1643: 0 M., 1644: 0 M., 1645: 0 M., 1646: 0 M., 1647: 0 M., 1648: 0 M., 1649: 0 M., 1650: 0 M., 1651: 0 M., 1652: 0 M., 1653: 0 M., 1654: 0 M., 1655: 0 M., 1656: 0 M., 1657: 0 M., 1658: 0 M., 1659: 0 M., 1660: 0 M., 1661: 0 M., 1662: 0 M., 1663: 0 M., 1664: 0 M., 1665: 0 M., 1666: 0 M., 1667: 0 M., 1668: 0 M., 1669: 0 M., 1670: 0 M., 1671: 0 M., 1672: 0 M., 1673: 0 M., 1674: 0 M., 1675: 0 M., 1676: 0 M., 1677: 0 M., 1678: 0 M., 1679: 0 M., 1680: 0 M., 1681: 0 M., 1682: 0 M., 1683: 0 M., 1684: 0 M., 1685: 0 M., 1686: 0 M., 1687: 0 M., 1688: 0 M., 1689: 0 M., 1690: 0 M., 1691: 0 M., 1692: 0 M., 1693: 0 M., 1694: 0 M., 1695: 0 M., 1696: 0 M., 1697: 0 M., 1698: 0 M., 1699: 0 M., 1700: 0 M., 1701: 0 M., 1702: 0 M., 1703: 0 M., 1704: 0 M., 1705: 0 M., 1706: 0 M., 1707: 0 M., 1708: 0 M., 1709: 0 M., 1710: 0 M., 1711: 0 M., 1712: 0 M., 1713: 0 M., 1714: 0 M., 1715: 0 M., 1716: 0 M., 1717: 0 M., 1718: 0 M., 1719: 0 M., 1720: 0 M., 1721: 0 M., 1722: 0 M., 1723: 0 M., 1724: 0 M., 1725: 0 M., 1726: 0 M., 1727: 0 M., 1728: 0 M., 1729: 0 M., 1730: 0 M., 1731: 0 M., 1732: 0 M., 1733: 0 M., 1734: 0 M., 1735: 0 M., 1736: 0 M., 1737: 0 M., 1738: 0 M., 1739: 0 M., 1740: 0 M., 1741: 0 M., 1742: 0 M., 1743: 0 M., 1744: 0 M., 1745: 0 M., 1746: 0 M., 1747: 0 M., 1748: 0 M., 1749: 0 M., 1750: 0 M., 1751: 0 M., 1752: 0 M., 1753: 0 M., 1754: 0 M., 1755: 0 M., 1756: 0 M., 1757: 0 M., 1758: 0 M., 1759: 0 M., 1760: 0 M., 1761: 0 M., 1762: 0 M., 1763: 0 M., 1764: 0 M., 1765: 0 M., 1766: 0 M., 1767: 0 M., 1768: 0 M., 1769: 0 M., 1770: 0 M., 1771: 0 M., 1772: 0 M., 1773: 0 M., 1774: 0 M., 1775: 0 M., 1776: 0 M., 1777: 0 M., 1778: 0 M., 1779: 0 M., 1780: 0 M., 1781: 0 M., 1782: 0 M., 1783: 0 M., 1784: 0 M., 1785: 0 M., 1786: 0 M., 1787: 0 M., 1788: 0 M., 1789: 0 M., 1790: 0 M., 1791: 0 M., 1792: 0 M., 1793: 0 M., 1794: 0 M., 1795: 0 M., 1796: 0 M., 1797: 0 M., 1798: 0 M., 1799: 0 M., 1800: 0 M., 1801: 0 M., 1802: 0 M., 1803: 0 M., 1804: 0 M., 1805: 0 M., 1806: 0 M., 1807: 0 M., 1808: 0 M., 1809: 0 M., 1810: 0 M., 1811: 0 M., 1812: 0 M., 1813: 0 M., 1814: 0 M., 1815: 0 M., 1816: 0 M., 1817: 0 M., 1818: 0 M., 1819: 0 M., 1820: 0 M., 1821: 0 M., 1822: 0 M., 1823: 0 M., 1824: 0 M., 1825: 0 M., 1826: 0 M., 1827: 0 M., 1828: 0 M., 1829: 0 M., 1830: 0 M., 1831: 0 M., 1832: 0 M., 1833: 0 M., 1834: 0 M., 1835: 0 M., 1836: 0 M., 1837: 0 M., 1838: 0 M., 1839: 0 M., 1840: 0 M., 1841: 0 M., 1842: 0 M., 1843: 0 M., 1844: 0 M., 1845: 0 M., 1846: 0 M., 1847: 0 M., 1848: 0 M., 1849: 0 M., 1850: 0 M., 1851: 0 M., 1852: 0 M., 1853: 0 M., 1854: 0 M., 1855: 0 M., 1856: 0 M., 1857: 0 M., 1858: 0 M., 1859: 0 M., 1860: 0 M., 1861: 0 M., 1862: 0 M., 1863: 0 M., 1864: 0 M., 1865: 0 M., 1866: 0 M., 1867: 0 M., 1868: 0 M., 1869: 0 M., 1870: 0 M., 1871: 0 M., 1872: 0 M., 1873: 0 M., 1874: 0 M., 1875: 0 M., 1876: 0 M., 1877: